

Protokoll 3/2024

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 26. März 2024, 17:00 – 20:25 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsident Roman Burkard

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Roman Burkard eröffnet die 3. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder **Manuela Leemann** und **Stefan W. Huber**; die übrigen 38 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Später erschienen: **Patrick Steinle** (17:15 Uhr)

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Roman Burkard teilt mit, dass Stadtrat **André Wicki** die Sitzung um ca. 19:45 Uhr verlassen wird.

Ratspräsident Roman Burkard gratuliert Stadtschreiber **Martin Würmli** und Gemeinderätin **Gabriela Furrer Auf der Maur** zum Geburtstag.

Traktandenliste

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2/2024

1.1 2/2024 – GGR-Protokoll vom 20. Februar 2024

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

2.1 Gabriela FÜRrer Auf der Maur, ALG, Mitglied

3 Kommissionsbestellungen

3.1 Bau- und Planungskommission (BPK) (11 Mitglieder): Ersatzwahl; Michèle Willimann, ALG

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Postulat R. Rüegg, die Mitte, und D. Blank, FDP, vom 22. Februar 2024 betreffend Hallenbadstandort «Zug-Süd»

4.2 Interpellation der SVP-Fraktion vom 28. Februar 2024 betreffend «#tschüssX – Warum?»

4.3 Motion der Fraktion die Mitte vom 18. März 2024 betreffend «Wieder Einführung der SBB Tageskarte für die Zuger Bevölkerung»

4.4 Interpellation M. Hegglin, die Mitte, vom 19. März 2024 betreffend «Sicherheitsverbesserung und Überprüfung des Verkehrskonzepts beim Ökihof»

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Postulat R. Rüegg, die Mitte, und D. Blank, FDP, vom 22. Februar 2024 betreffend Hallenbadstandort «Zug-Süd»

6 Politische Sachgeschäfte

6.1 2853 SR – Hochbau: Erweiterungsneubau Schulanlage Guthirt; Wettbewerbs- und Projektierungskredit

6.1.1 2853.1 BPK – Hochbau: Erweiterungsneubau Schulanlage Guthirt; Wettbewerbs- und Projektierungskredit

6.1.2 2853.2 GPK – Hochbau: Erweiterungsneubau Schulanlage Guthirt; Wettbewerbs- und Projektierungskredit

6.2 2854 SR – Immobilien: Sportanlagen Herti; Umrüstung zweier Naturrasenplätze auf Kunststoffrasenplätze; Objektkredit

6.2.1 2854.2 BPK – Immobilien: Sportanlagen Herti; Umrüstung zweier Naturrasenplätze auf Kunststoffrasenplätze; Objektkredit

6.2.2 2854.1 GPK – Immobilien: Sportanlagen Herti; Umrüstung zweier Naturrasenplätze auf Kunststoffrasenplätze; Objektkredit

7 Nicht behandelte Geschäfte der vorletzten und letzten Sitzung

Keine Geschäfte

8 Parlamentarische Vorstösse

8.1 2862 SR – Postulat (Motion) J. Küng, ALG, und Mitunterzeichner vom 8. Januar 2024 betreffend «Stadtzuger Jungbürgerfeier auch für Jugendliche ohne Schweizer Pass»

8.2 2861 SR – Interpellation der Fraktionen SP und ALG-CSP vom 4. Februar 2024 betreffend «zur Transparenz und Veröffentlichung von Verkehrsdaten in Bezug auf den Stadttunnel»

8.3 2863 SR – Interpellation der Fraktionen ALG-CSP, Die Mitte, GLP, SP und SVP vom 25. Mai 2023 betreffend «Relevante Fragen zum Projekt Schulhaus Arbach (genannt Guthirt II)»

8.4 2866 SR – Interpellation der SVP-Fraktion vom 10. Dezember 2023 betreffend «den Möglichkeiten einer Kompensation der jährlichen Feuerwehrgebühren («Kopfsteuer») in der Stadt Zug?»

8.5 2868 SR – Interpellation M. Leemann, die Mitte, vom 9. Oktober 2023 betreffend «Schatten, Spielgeräte, Sanitäreinrichtungen oder wie können unsere Spielplätze verbessert werden?»

9 Mitteilungen

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2/2024

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 2/2024 zur Sitzung vom 20. Februar 2024 demnach stillschweigend genehmigt ist.

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

2.1 Gabriela Furrer Auf der Maur, ALG, Mitglied

Roman Burkard, Ratspräsident

Damit Gabriela Furrer Auf der Maur berechtigt ist, an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug teilzunehmen, muss sie gemäss § 4 der Geschäftsordnung formell den Eid leisten oder das Gelöbnis ablegen. Gabriela Furrer Auf der Maur hat sich für den Eid entschieden.

Ratspräsident Roman Burkard bittet **Gabriela Furrer Auf der Maur**, nach vorne zu treten, um den Eid abzulegen.

Stadtschreiber Martin Würmli liest **Gabriela Furrer Auf der Maur** die Eidesformel vor. Diese legt den Eid mit den Worten «Ich schwöre es» ab.

Stadtschreiber Martin Würmli gratuliert **Gabriela Furrer Auf der Maur** und wünscht ihr alles Gute bei ihrer Arbeit im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

Roman Burkard, Ratspräsident

Gabriela Furrer Auf der Maur ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderates teilzunehmen. Ich wünsche ihr im Namen des Grossen Gemeinderates viel Freude bei der Arbeit und freue mich auf die Zusammenarbeit.

3 Kommissionsbestellungen

3.1 Bau- und Planungskommission (BPK) (11 Mitglieder): Ersatzwahl; Michèle Willimann, ALG

Ratspräsident Roman Burkard teilt mit, dass **Gemeinderätin Michèle Willimann** ihren Rücktritt aus der Bau- und Planungskommission per Ende März 2024 bekannt gegeben hat. Der Ratspräsident dankt ihr für ihre gut fünfjährige Arbeit in der BPK.

Ratspräsident Roman Burkard teilt mit, dass die Fraktion ALG-CSP Frau Gemeinderätin **Gabriela Furrer Auf der Maur** als Mitglied in der Bau- und Planungskommission vorschlägt.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine weiteren Nominationen erfolgen und somit **Gabriela Furrer Auf der Maur** stillschweigend als Mitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt ist.

Ratspräsident Roman Burkard gratuliert **Gabriela Furrer Auf der Maur** zur Wahl und wünscht ihr viel Erfolg und Freude in der Kommission.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Postulat R. Rüegg, die Mitte, und D. Blank, FDP, vom 22. Februar 2024 betreffend Hallenbadstandort «Zug-Süd»

Der Stadtrat soll Abklärungen treffen, ob ein Hallenbad auf den «alten Kantonsspital Areal» sinnvoll wäre. Dabei stellen sich folgende Fragen:

Auf dem Areal besteht ein Bebauungsplan, wäre das Baufeld B für ein Hallenbad geeignet (z.B. Nutzungsbestimmungen, Geometrie, Umgebungsbereiche)?

Könnte das Seegrundstück GS 1410 mit einbezogen werden (z.B. Brücke oder Unterführung)?

Sieht der Stadtrat Synergien auf dem Areal (z.B. Hotel- und Gastronomienutzung)?

Könnte sich der Stadtrat vorstellen, neben der Schwerpunkt Sportnutzung (Wettkampfbecken) auch im Bereich Wellness ein gewisses Angebot zu schaffen?

Wäre der Stadtrat bereit mit dem Kanton die Möglichkeiten auszuloten (z.B. Baurecht)?

Das neue Kantonsspital in Baar wurde vor über 15 Jahren eröffnet, seither hat der Kanton auf dem alten Kantonsspital Areal keine zählbaren Ergebnisse erzielt. Vertritt der Stadtrat die Meinung, dass der Kanton diesbezüglich im Sinne der Stadtzuger Bevölkerung handelt?

Würde der Stadtrat eine Belebung von «zug-süd» begrüssen?

Begründung: Viele aktuell diskutierten Standortvorschläge liegen geografisch im Bereich Herti. Es ist aber unklar, ob die Bevölkerung vom Herti Quartier ein Interesse daran hat weitere Sportinfrastrukturen zu beheimaten. Zumal auch das Schulhaus Herti bereits eine Schwimmhalle hat.

Beilage: Collage aus Umgebungsplan BBP altes Kantonsspital Areal mit Planausschnitt Hallenbad Neufeld Bern

Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.1 zur Überweisung traktandiert.

4.2 Interpellation der SVP-Fraktion vom 28. Februar 2024 betreffend «#tschüssX – Warum?»



Sehr geehrter Herr Präsident,

Am 30. Januar hat sich die offizielle Stadt Zug von X (ehemals Twitter) verabschiedet. Aktive Politiker und öffentliche Körperschaften nutzen X sehr rege, um neuste Informationen zu verbreiten. So werden z.B. in den Städten Bern und Luzern Medienmitteilungen gepostet, oder die Stadt Zürich nutzt X um Notfälle zu kommunizieren.

Die Stadt Zug (bzw. offenbar der Stadtrat) jedoch kehrt X den Rücken. Man bleibt auf Instagram, Facebook und LinkedIn.

Twitter, oder eben heute X, gilt als wichtige politische Plattform. Während des US-Wahlkampfes machte die Plattform Schlagzeilen, weil Accounts aufgrund politischer Beurteilung gesperrt worden sind. Zusammen mit Facebook kam es deswegen im November 2020 vor dem US-Senat zu einer Anhörung. Im Oktober 2022 kaufte Elon Musk Twitter, nannte es danach in X um und änderte die Zensur-Handhabung. Gesperrte Accounts sind wieder aktiv geschaltet worden, so z.B. der Account von Ex-US-Präsident Donald Trump. Sein Konto war gesperrt worden, notabene als amtierender US-Präsident.

Diese Lockerung scheint nicht allen gefallen zu haben. Politisch links ausgerichtete Accounts haben sich zunehmend verabschiedet.

(<https://www.zeit.de/kultur/2023-10/bluesky-twitter-alternative-linke-oeffentlichkeit-digital-politisch> oder <https://www.freitag.de/autoren/elsa-koester/linker-exodus-aus-elon-musks-x-bluesky-ist-wie-twitter-ohne-afd>)

Nach wie vor gehört X zu den grössten Plattformen. Die Benutzeranzahl war per 2023 höher als je zuvor.

Twitter annual users 2017 to 2023 (mm)

Year	Users (mm)
2010	40
2011	85
2012	151
2013	218
2014	271
2015	304
2016	313
2017	310
2018	298
2019	312
2020	347
2021	362
2022	401
2023	421

Source: Company data, eMarketer, [Social App Report](#)

Die Stadt Zug begründet Ihren Entscheid, sich von der besagten Plattform zurückzuziehen, mit dem «Free-Speech»-Prinzip, welches seit der Übernahme von Elon Musk gilt.

Dazu unsere Fragen:

Wie kam es zum Entscheid der Stadt Zug, sich von X zu verabschieden?

Darf man mehr erfahren über die Hintergründe und die Dynamik der Diskussion?

Welches sind die genauen Fakten im Detail, worauf sich der Entscheid stützt?

Wir wünschen die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.3 Motion der Fraktion die Mitte vom 18. März 2024 betreffend «Wieder Einführung der SBB Tageskarte für die Zuger Bevölkerung»

Die Antworten des Stadtrates zur Interpellation Nr. 2845 «Beendigung des Angebots der Abgabe einer SBB Tageskarte für die Zuger Bevölkerung» wurde negativ zur Kenntnis genommen, d.h. eine Mehrheit des GGR ist mit der aktuellen Situation nicht zufrieden.

In der Beilage ersehen Sie nochmals die wichtigsten Eckpunkte der «alten» und der «neuen» Spartageskarte im Vergleich, sowie die Kommunikation (Mail) von Alliance SwissPass zu den «neuen» Tageskarten.

Für die Zuger Bevölkerung, insbesondere unsere ältere Generation in Zug erachten wir es als wichtig, dass das Angebot der Spartageskarte weiterhin zur Verfügung steht, und zwar nicht ausschliesslich digital. Dies ist nur über die Gemeindetageskarte möglich. Ob die Stadt Zug ihr Angebot ausschliesslich für die Stadtbewohner anbieten möchte, ist ihr freigestellt.

Mehrheitlich wurde dieses Angebot auch von Familien und den wirtschaftlich Schwächeren genutzt.

Wir beauftragen den Stadtrat diese Dienstleistung für unsere Stadtbevölkerung wiedereinzuführen.

Beilage:

-Mailantwort

-Spartageskarte Vergleich

Ergebnis

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung vom 30. April 2024 zur Überweisung traktandiert.

4.4 Interpellation M. Hegglin, die Mitte, vom 19. März 2024 betreffend «Sicherheitsverbesserung und Überprüfung des Verkehrskonzepts beim Ökihof»

Vor etwa eineinhalb Jahren wurde das neue Recyclingcenter mit dem Ökihof und dem Brockenhaus eröffnet. Das Areal verfügt über ausreichend Platz an den Abgabestellen, und die Mitarbeiter sind stets freundlich und hilfsbereit. Ein grosser Fortschritt im Vergleich zum früheren Ökihof ist die Abtrennung der Kundenzone von den Parkplätzen.

Das Areal ist jedoch überwiegend stark frequentiert, was wiederholt zu Verkehrsproblemen führt. Der Verkehrsfluss der ankommenden Autofahrer stockt regelmässig, da jedes Fahrzeug rückwärts aus den Parkplätzen fahren muss. Im Gegensatz zu einem Supermarkt verbringen die Besuchenden schätzungsweise nur 5-10 Minuten auf dem Gelände, was zu einer sehr hohen Anzahl von Verkehrsbewegungen führt. Aus eigener Beobachtung und Berichten aus der Bevölkerung fällt auf, dass es dabei häufig zu Blechschäden und gefährlichen Situationen kommt.

Bei der Planung wurden rund 60 Parkplätze auf der grünen Wiese angelegt. Die Verkehrsführung und Anordnung der Parkfelder erfordert immer ein einfaches, teilweise mehrmaliges Zurücksetzen der Fahrzeuge. Diese Situation ist sowohl für Passanten als auch für Autofahrende gefährlich. Es scheint, dass bei der Planung der Parkfelder der Sicherheitsaspekt stark vernachlässigt wurde, da die Autos nur rückwärts aus den Parkplätzen fahren können. Durch alternative Verkehrskonzepte (z.B. das Durchfahren), wie es an anderen Ökihöfen umgesetzt wurde, wäre das hohe Risiko für Kinder und erwachsene Personen vermeidbar.

Natürlich liegt es in der Eigenverantwortung jedes Autofahrenden und zu Fuss gehenden Person, auf den Verkehr zu achten. Dennoch ist die beschriebene Verkehrssituation aufgrund des aktuellen Parkregimes gefährlich für Fussgängerinnen und Fussgänger, die mehrmals zwischen Parkplatz und Entsorgungsstelle hin- und herlaufen müssen.

Deshalb stelle ich folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Plant der Stadtrat eine Anpassung der Parkplätze im Hinblick auf die Sicherheit der Besuchenden?
2. Gibt es Pläne, das Parkplatzkonzept grundlegend zu überdenken, um das Ein- und Ausfahren ohne Rückwärtsfahren zu ermöglichen?
3. Gab es in den letzten eineinhalb Jahren Unfälle mit Personenschäden sowie Beinahe-Unfälle mit Personenschäden, an denen Fahrzeuge beteiligt waren?
4. Wurde bei der Planung der Parkplätze eine sachverständige Person vom bfu (Bundesamt für Unfallverhütung) hinzugezogen?

Ich danke Ihnen im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen und Ihre Bemühungen, die Sicherheit der Besuchenden des Ökihofes zu verbessern.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Postulat R. Rüegg, die Mitte, und D. Blank, FDP, vom 22. Februar 2024 betreffend Hallenbadstandort «Zug-Süd»

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

Philip C. Brunner

Als ich dieses Postulat gelesen habe, musste ich lachen und habe gedacht, wir werden dann in den nächsten Tagen erfahren, dass dieser Hallenbadstandort Zug Süd gar nicht möglich sei. Ich bin also ein bisschen überrascht, dass dieses Postulat es bis zum heutigen Tag geschafft hat.

Ich möchte Ihnen nicht die ganze Geschichte dieses Standorts erzählen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass das neue Kantonsspital Zug am 30. August 2008 seinen Betrieb aufgenommen hat und in einer Volksabstimmung im gleichen Jahr, und zwar Ende September am 28.9., das damalige Projekt Belvedere von den Stadtbürgerinnen und Stadtbürgern abgelehnt wurde. Seither ist schon einiges passiert.

Und jetzt mache ich einen Sprung ins Jahr 2022, da hat nämlich der Kantonsrat mit einem Kantonsratsbeschluss den Baurechtsvertrag für das Grundstück Nr. 1412, Artherstrasse, Zug, das ist die Vorlage Nr. 3441, abgenommen beziehungsweise zugestimmt. Da ist eine Frist gesetzt gewesen. Und am 2.12.2022 ist dieser Vertrag in Kraft getreten.

Was heisst das? Die Credit Suisse Anlagestiftung, die dieses Areal jetzt vom Kanton übernommen hat, zahlt einen Baurechtszins und setzt den vom GGR schon lange bewilligten Bebauungsplan um, der schon längst vorausgegangen ist und gegen den das Referendum nicht ergriffen wurde.

Das heisst, wir alle hier im Saal möchten gerne einen guten Standort für unser nächstes neues Hallenbad haben. Leider ist dieser Standort aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Das heisst, Sie können dieses Postulat überweisen und der Stadtrat wird Ihnen in sehr kurzer Zeit einen Dreizeiler zurückschicken und mitteilen, dass das nicht geht.

Ich habe meine Ausführungen jetzt übrigens nicht einfach hier im Kantonsratssaal gemacht, sondern ich habe auch – das lege ich hier offen – mit dem Baudirektor des Kantons telefoniert und habe ihm die Frage gestellt, ob das überhaupt realisierbar ist, ob das überhaupt möglich wäre. Die Antwort ist: Nein, es ist nicht möglich.

Ersparen Sie dem Stadtrat also etwas Arbeit, um entsprechend auch die Effizienz unseres Ratsbetriebes und der Stadtverwaltung zu entlasten.

Richard Rüegg

Der Zug ist nicht abgefahren. Er ist nicht einmal im Bahnhof. Und wenn er schon abgefahren ist, kann man auch mal eine Weiche stellen. Die Frage ist nur, ob wir das wollen oder nicht.

Die CS Immobilien haben den Wettbewerb gewonnen, das ist korrekt. Wie Sie vielleicht wissen, sollte das Baufeld B eine hohe Publikumsausstrahlung haben. So haben wir das hier im GGR festgelegt. Dies sollte durch ein Bad, Wellness, Spa oder dergleichen erreicht werden. Wie gross das Bad sein sollte, ist nicht festgehalten.

Der Stadtrat hat mit den CS Immobilien bis heute – logischerweise – das Gespräch noch nicht gesucht, ob allenfalls das Bad mit der Mitbeteiligung unserer Stadt gebaut werden könnte. Meine Informationen gehen in die Richtung, dass man von Seiten des Wettbewerbsgewinners nicht abgeneigt ist, das Baufeld B weiterzugeben.

Sollte die Überbauung altes Kantonsspital inklusive dem Baufeld B nicht den geforderten Bestimmungen des Bebauungsplans entsprechen, zum Beispiel keine grosse Publikumsausstrahlung oder die Baufeldgrösse zu klein für ein 50-Meter-Becken, müsste dies nochmals in der BPK und im GGR behandelt werden und könnte angepasst werden.

Das Hertiquartier hat bereits ein Bad. Da braucht es nicht unbedingt nochmals Wasser. Für unsere Quartiere im Süden der Stadt wäre der Standort Kantonsspital optimaler zu erreichen. Sie müssten nicht wieder durch die ganze Stadt fahren. Unbestritten hätte dieser Standort einen viel höheren Attraktivitätsgrad, analog Oberägeri. Dieses Bad wäre auch gut erschlossen mit der S-Bahn, Bus und Parkplätzen und hätte eine schöne Aussicht auf den See.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lasst doch zur Findung des bestmöglichen Standorts für ein neues Bad alle Vorschläge und Ideen zu. Geschätzte Verwaltung, bildet doch ein Gremium, das alle Vorschläge mit Vor- und Nachteilen prüft, damit der beste Standort weiterverfolgt werden kann. Ansonsten finden wir immer wieder einen Standort, der noch besser wäre als derjenige, den die Stadt schon vorgeschlagen hat.

Wir bitten Sie, stimmen Sie der Überweisung zu. Geben Sie dem Stadtrat die Möglichkeit, Abklärungen zu treffen.

Anmerken möchte ich noch, dass bis zum heutigen Datum noch kein Stadtrat im Vorfeld zu einer Überweisung Stellung bezogen hat. Das gehört sich auch nicht. Geschätzte Kollegen, achten Sie darauf, dass dies auch weiterhin so bleibt.

Daniel Blank

Ja, unser Hallenbad – wo soll es hin?

Der öffentliche Grund und Boden ist ein rares Gut in unserer Stadt. Das weiss auch die FDP-Fraktion. Aber was passiert? Selbst die öffentliche Hand sucht nun unter Investoren nach den Meistbietenden für seine Flächen. Braucht der Kanton jetzt dringend Geld? Oder was ist hier eigentlich los? Ist dies im Interesse unserer Stadtzuger Bevölkerung?

Aber kommen wir zum abgefahrenen Zug: der Baurechtsvertrag. Ich habe ihn angeschaut und zitiere Ihnen gerne aus Ziffer 34, Vertragsauflösung: «Aus folgenden Gründen kann der Baurechtsgeber [...] zurücktreten [...]». Da wird verwiesen auf eine zweieinhalbseitige Auflistung von Bedingungen und Fristen. Ich glaube, wir ersparen uns diese zweieinhalb Seiten. Wir gehen einfach exemplarisch auf die erste Hürde, die zu nehmen ist. Der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen. Die Frist endete am 3. Dezember 2023. Ich glaube nicht, dass bereits ein unterschriebener Schlussbericht der Jury vorliegt. Weiter unten heisst es dann, erst wenn sämtliche Bedingungen abgearbeitet seien, könne der Vertrag im Grundbuch eingetragen werden, womit er dann auch eine gewisse Gültigkeit hat.

Der Fall ist für uns also klar: Der Zug steht immer noch im Bahnhof. Er fährt los, wenn das Baurecht im Grundbuch steht. Es ist somit noch nicht zu spät, für eine gute Sache einzustehen.

Der erste Schritt: Wir überweisen das Postulat und klären ab, ob das Baufeld für ein Hallenbad geeignet wäre oder nicht. So schlimm kann das ja nicht sein.

Wenn wir die Antwort vom Stadtrat haben, können wir dann schauen, was Sinn macht.

Ich komme zum Schluss: Die CS-Anlagestiftung hat noch nicht vollständig geliefert. Der Kanton liefert wohl nicht das, was im Bebauungsplan angekündigt wurde. Aus einem städtebaulichen Magneten wird einfach eine Zusatznutzung für das Hotel. Das wirft Fragen auf. Unterstützen wir also unseren Stadtrat, damit er liefern kann, was gesucht ist: ein Hallenbadstandort in der Stadt Zug, nicht in Steinhausen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht darum, der CS-Anlagestiftung etwas wegzunehmen. Es geht darum, zu prüfen, ob zusammen mit beiden Parteien eine bessere Lösung für alle gefunden werden kann. Wir wahren hier lediglich die berechtigten Interessen unserer Stadt.

Die FDP-Fraktion des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug unterstützt die Überweisung einstimmig. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Dagmar Amrein

Das Hallenbad beim alten Kantonsspital, das ist unserer Ansicht nach eine prüfenswerte Idee.

Tatsächlich sind die Sportanlagen bislang sehr ungleich über die Stadt verteilt und der genannte Standort wäre sicherlich sehr attraktiv für Hallenbad- und Saunabesucher.

Zwar liegt schon ein rechtskräftiger Bebauungsplan vor, dieser sieht für den Baubereich B einen attraktiven Mix von Räumlichkeiten für Events, Wellness, Gastronomie, Restaurants und Kleingewerbe vor. Ob der Investor auch ein Hallenbad zu dem geforderten attraktiven Mix zählen würde? Wir wissen es nicht. Aber es scheint uns prüfenswert und aus diesem Grund werden wir das Postulat überweisen.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung vorliegt. Die Nichtüberweisung eines Postulats erfordert das einfache Mehr. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19 Stimmen.

Abstimmung Nr. 1

- Für die Nichtüberweisung des Postulats stimmen 10 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung des Postulats stimmen 26 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat das Postulat überwiesen hat.

6. Politische Sachgeschäfte

6.1 Hochbau: Erweiterungsneubau Schulanlage Guthirt; Wettbewerbs- und Projektierungskredit

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2853 vom 9. Januar 2024
- Bericht und Antrag der BPK Nr. 2853.1 vom 30. Januar 2024
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2853.2 vom 19. Februar 2024

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Wie Sie aus dem Kommissionsbericht entnehmen konnten, monierten wir die Terminplanung, da uns der Projektwettbewerb zu kurzfristig vorgelegt wurde. Die Verwaltung bestätigte uns die Kurzfristigkeit. Des Weiteren wurde uns die Frage, ob dieses Projekt eine Feuerwehrrübung darstelle, durch die Verwaltung bestätigt. Dies aufgrund der explodierenden Schülerzahlen.

Die Kommission stellte noch die Frage, ob die Grösse des Aussenraums dem Schulraumplanungsbericht entspreche. Ebenfalls nachgefragt wurde, ob das Projekt Guthirt, wie dies im Schulraumbericht 2020 angezeigt wurde, nicht übernutzt sei und eher eine Reduktion der Klassen angesagt sei.

Die Aussenraumfläche wurde als genügend angesehen und mit Vergleichsgrössen von anderen städtischen Schulhäusern untermauert.

Den Input, einen Pausenplatz, analog dem Sportplatz der Kantonsschule, auf dem Dach in Erwägung zu ziehen, nahm die Verwaltung positiv auf.

Die Übernutzung aus dem Schulraumplanungsbericht bezieht sich auf die bestehenden Gebäude und nicht auf das Areal. Dieses Problem werde mit dem Neubau gelöst und bestehe somit nicht mehr. Dass im Guthirtquartier im 2035 ein weiteres Schulhaus nötig sein wird, war unbestritten. Das jetzige Verdichtungsprojekt Guthirt I sei die beste Lösung, damit man Zeit gewinnen könne, um einen geeigneten Standort zu finden. Zum Beispiel seien intensive Gespräche mit der Gemeinde Baar in Gange, betreffend eine Zusammenarbeit im Areal Lüssi.

Die BPK wünschte noch die Einsicht in das Monitoring der Schülerzahlenentwicklung der Verwaltung. Dieser Bericht wird uns alle zwei Jahre zugestellt. Dies als Information.

Zur Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmte die BPK der Vorlage mit 5:4 Stimmen zu.

Die BPK beantragt Ihnen, den Wettbewerbs- und Projektierungskredit von CHF 2'325'000.00 einschliesslich MWST zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich verweise auf Bericht und Antrag der GPK vom 19. Februar.

Als wir den Antrag des Stadtrats behandelt haben, waren wir in Kenntnis des relativ knappen Ergebnisses der BPK.

Unsere Kommission ist aber etwas optimistischer an die Sache herangegangen und hat die Probleme, welche die BPK erkannt hat, nicht gesehen. Es liegt in der Natur eines Projektierungskredites, dass noch nicht alle Details geklärt sind. Und es wäre nicht gut, wenn wir jetzt diesen Kredit ablehnen würden. Deshalb hat die GPK den Kredit von CHF 2'325'000.00 für die Planung und Durchführung des Projektwettbewerbs für die Erweiterung der Schulanlage Guthirt einstimmig mit 7:0 Stimmen gutgeheissen und bittet Sie, das auch zu machen.

Ich persönlich danke der Stadträtin Eliane Birchmeier, dass sie mit dem Projekt schnell vorwärtsgemacht hat. Die Vorgeschichte ist ja bekannt. Wir werden heute ja nochmal auf diese Interpellation betreffend Arbachschulhaus zurückkommen. Aber so viel sei gesagt, ich finde es sehr gut und bitte Sie ebenfalls, diesem Kredit zuzustimmen, damit die Planung möglichst schnell anlaufen kann und alle diese Fragen, die gestellt wurden, die auch in unserem Bericht behandelt sind, geklärt werden können, zugunsten einer guten Sache.

Benny Elsener

Kapazitätsgrenze Schulhaus Guthirt erreicht, haben wir im Bericht des Stadtrats gelesen.

Die Mitte-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den ausführlichen Bericht und den Kommissionen BPK und GPK für ihre Berichte.

Endlich geht es vorwärts im Schulhaus Guthirt. Wir haben es vorhin gehört: Aus der Sicht der BPK wäre ein grösseres Zeitfenster für ihre Arbeit zu begrüssen gewesen.

Heute geht es um keine Details, sondern rein um den Wettbewerbs- und Projektierungskredit von CHF 2'325'000.00, welcher für unsere Fraktion unbestritten ist.

Zum Projekt haben wir uns noch folgende Gedanken gemacht, mit Inputs an den Stadtrat:

- Die Kirchengemeinde ist ein direkter Nachbar zum Schulhaus Guthirt. Wurde sie über gemeinsame Möglichkeiten zum Projekt angefragt?
- Ab 2035 fehlt gemäss Bericht der Platz für weitere 9 Schulklassen. Wir erwarten, dass diese zweite Etappe heute schon studiert und eingeplant wird. Gibt es Platz im Guthirt-Schulareal, im Bereich vom Schrägbau, nach dem Ergebnis der Denkmalpflege, oder aber im Ahornpark? Laut Stadtrat finden auch Gespräche mit Baar statt.
- Wichtig und für uns essenziell ist, dass Platz für die Nachfolgelösung rasch reserviert wird.

Es ist natürlich auch wichtig, zu wissen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass jedes Quartier ein eigenes, noch grösseres Schulhaus besitzen muss. Klar ist es wünschenswert.

Interessant ist die mitgelieferte Beilage 2 im Bericht, welche die Pausen- und Arealflächen pro Klasse ausweist. Das Projekt Guthirt schneidet sehr gut ab und weist die grösste Pausenfläche aus. Jetzt sind wir gespannt auf das Ergebnis des Wettbewerbes und des Projektes.

Die Mitte-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates

Esther Ambühl Tarnowski

Meine Interessenbindung vorab: Ich war bis 2021 Projektleiterin bei den Schulraumplanungsberichten.

Das Quartier Guthirt wird in den nächsten Jahren/Jahrzehnten grundsätzliche Veränderungen erfahren. Die bauliche Entwicklung wird zu einem dichten neuen Quartier führen und zu mehr Bewohnerinnen und Bewohnern und somit zu mehr Schülerinnen und Schülern. Ein Mechanismus, der bekannt ist.

Das Quartier Guthirt ist heute schon ein Quartier mit wenig öffentlichen Freiräumen. Gerade auch deswegen hat der Schulhausplatz eine besondere Bedeutung für das Quartier. Mit der baulichen Verdichtung wird den bestehenden Freiräumen eine noch grössere Bedeutung zukommen, die neuen Bebauungen werden bestenfalls ihren Freiraumbedarf abdecken können, aber wohl auch auf den öffentlichen Freiraum ausweichen müssen.

Die Schulanlage Guthirt wurde bereits verschiedentlich verdichtet, sei es mit dem Ergänzungsbau und vor ein paar Jahren mit dem Pavillon für die Freizeitbetreuung. Somit wird auch der Aussenraum bereits heute intensiv genutzt. Dabei ist es nicht nur wichtig, einen grossen Fussballplatz zu haben, sondern es braucht vielfältigen Aussenraum – Möglichkeitsraum –, damit sich die Kinder nicht nur in der Pause austoben, sondern auch erholen können. Und dies vor allem auch am Mittag und Nachmittag in der Freizeitbetreuung.

Die Machbarkeitsstudie soll bewiesen haben, dass die Verdichtung möglich ist. Leider ist die Machbarkeitsstudie nicht zugänglich. Was war die Aufgabenstellung? Aufzeigen, ob ein weiteres Schulgebäude auf dem Areal möglich ist? Klar ist dies möglich, aber wurden dabei auch die weiteren Bedürfnisse der Kinder und des Quartiers detailliert in die Beurteilung miteinbezogen? Ist das Büro ein Büro, das in dieser Thematik sehr bewandert ist? Was waren die Rahmenbedingungen für den Freiraum zwischen Schulhaus und Hochhaus Obstverband? Wurde klar kommuniziert, dass dieser Freiraum vor allem auch der Freiraum der Überbauung an der Baarerstrasse ist. Und nebenbei: Hätte dieser Freiraum nicht schon längst qualitativ gut umgesetzt werden müssen?

Arbach ist gescheitert – ob da wohl etwas gar schnell zurückgezogen wurde? Gibt es wirklich keine anderen Flächen, auf denen eine neue Schulanlage gebaut werden könnte? Eine Schulanlage, die den gesamten Bedarf für die nächsten 15 bis 20 Jahre abdecken kann.

Und trotzdem: Es ist sehr dringend. Es besteht trotz Provisorium im Lüssiweg grosser Handlungsbedarf. Das zeigt sich auch, dass die Erweiterung auf dem Guthirt-Areal nur eine Zwischenetappe sein wird. Es besteht ab 2035 Bedarf für einen weiteren Ausbau.

In der Fraktion waren wir uns einig, dass es eigentlich keine gute Lösung ist, dass der Druck etwas zu machen aber sehr gross ist. Was das nun heisst und was daraus für ein Schluss gezogen werden muss, ist bei den Mitgliedern unserer Fraktion unterschiedlich ausgefallen. Egal ob ja oder nein – immer ist ein Zähneknirschen dabei.

Martin Iten

Die Vorlage zum Erweiterungsneubau Guthirt hat auch in unserer Fraktion aus verschiedenen Gründen einiges zu reden gegeben. Zuerst einmal ist da die Vorgeschichte: Seit langer Zeit wissen wir, dass uns der Schulraum im Quartier Guthirt nicht nur zu knapp wird, sondern schon lange sehr knapp ist. Und trotzdem hat man es verpasst, eine vorausschauende Schulraumplanung anzugehen und zum Beispiel bei Bebauungsplänen und bei Baubewilligungen und auch Einzonungen die Schulraumplanung einzubeziehen oder gar durchzusetzen. Das ist schade und ärgerlich.

Dann, vor weniger als einem Jahr, hat man in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Standort Arbach aus dem Ärmel gezaubert und dies medial als fast schon gegeben verkündet, dabei aber wohl die Rechnung weder mit dem Kanton noch mit der «gewehrigen» Anwohnerschaft gemacht.

Und nun, sozusagen als Plan C, hat man die eigentlich naheliegendste Lösung, die Optimierung des bisherigen Standorts Guthirt I, im Schnellzugtempo in die Gänge gebracht.

Zuerst: Unsere Fraktion anerkennt nicht nur die grosse Dringlichkeit der Sache und ist grundsätzlich auch nicht gegen eine Optimierung des bisherigen Standorts, nein, sie kann sogar ein gewisses Verständnis aufbringen, dass aufgrund der angespannten Situation und des enormen Zeitdruckes auch gewisse fragwürdige «Moves» des Stadtrates passierten.

Was uns aber schon sehr ins Stutzen brachte, ist die Tatsache, dass noch vor weniger als vier Jahren eine umfassende, extern in Auftrag gegebene Analyse mit dem «Schulraumplanungsbericht 2» zur deutlichen Erkenntnis gelangte, dass der Schulstandort Guthirt bereits heute übernutzt sei. Wir haben es bereits vom BPK-Präsidenten gehört. Er hat zitiert, was der Stadtrat dazu gesagt hat. Und ich möchte hier deutlich widersprechen. Weil in diesem Schulraumplanungsbericht 2 heisst es eben nicht, dass der Schulstandort übernutzt sei aufgrund der bestehenden Bauten auf der Anlage, sondern explizit wird erwähnt, ich zitiere: «Aufgrund des zur Verfügung stehenden Aussenraums ist die Schulanlage Guthirt heute übernutzt.»

«Aufgrund des zur Verfügung stehenden Aussenraums ist die Schulanlage Guthirt heute übernutzt.» Und weiter schlägt der Schulraumplanungsbericht 2 vor: «Der Grösse der Anlage entsprechend ist eine Reduktion um 1 Kindergarten und 2 Primarklassen angezeigt.» Das ist ein Schulraumplanungsbericht, der noch nicht mal vier Jahre alt ist und der sogar eigentlich vorschlägt, dass man hier reduzieren müsste, aufgrund der zur Verfügung stehenden Aussenraumfläche.

Inzwischen gibt es eine Machbarkeitsstudie, die wir allerdings nicht zu Gesicht bekommen haben, die dem Schulraumplanungsbericht 2 widerspricht. Es sei nun doch möglich, an diesem Standort Platz für einen Erweiterungsneubau mit insgesamt 12 Klassen zu bauen. Innerhalb von vier Jahren hat sich die Situation also massgeblich verändert, ein Expertenbericht sticht den anderen. Welchem soll man nun vertrauen? Demjenigen, den man sehen und lesen kann, oder demjenigen, von dem einfach erzählt wird?

Der Stadtrat vertraut der neuen Machbarkeitsstudie und schlägt uns nun diesen Projektierungs- und Wettbewerbskredit vor. In unserer Fraktion gibt es eine Maxime: Wir wollen, dass den Schülerinnen und Schülern die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre Schule geboten werden. Dazu gehört – besonders im bereits dicht besiedelten Quartier Guthirt –, dass es genug Aussenräume zum Spielen, zum Aufenthalt etc. gibt.

Es wird gesagt – wir haben es bereits gehört –, dass auch andere Schulstandorte in dieser Stadt, zum Beispiel im Herti oder im Kirchmatt, noch weniger versiegelte Spielflächen vorweisen. Das mag sein. Doch beide diese Quartiere haben – wie wir auch schon gehört haben – einfach viel mehr Luft, viel mehr freie Flächen, als das im Guthirt der Fall ist.

Zudem würde dieser Erweiterungsneubau auch nur sehr kurzfristig Linderung bringen. Wir wissen alle: Ein neuer Standort, aus unserer Sicht einer, der in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Baar errichtet werden könnte oder sogar müsste, muss sofort dringend eruiert und geplant werden. Es muss ein Standort sein mit Zukunftsperspektive und Erweiterungsmöglichkeiten.

Insofern würden wir im Sinne eines Kompromisses eine sachtere Erweiterung im Guthirt, zum Beispiel mit einer Beschränkung auf nur einen Klassenzug statt den jetzt geplanten 1.5 Klassenzügen, begrüssen. Das würde den Standort Guthirt I zumindest weniger überfordern.

Wir wollten diesen Antrag eigentlich hier stellen, es scheint aber nicht ganz einfach zu sein, zum jetzigen Zeitpunkt einen solchen Antrag im Beschlusstext zu stellen. Deswegen wollen wir im Sinne des Appellierens an den Stadtrat und an die Jury des Wettbewerbs sowie alle Beteiligten mitgeben, dass bitte sehr zurückhaltend vorgegangen werden soll.

Aus diesem Grund wird unsere Fraktion diese Vorlage heute unterschiedlich beurteilen.

Dominique Messmer

Ich möchte nicht über die Aussenräume sprechen, ich möchte gerne über die Innenräume des neuen Schulhauses sprechen. Lassen Sie mich deshalb einen Vergleich zwischen den Schulanlagen Herti und Guthirt herstellen.

Im Schulhaus Herti werden zusätzlich 18 Primarklassenzimmer à 80 m² gebaut. Gehen wir mal von einer durchschnittlichen Klasse mit 20 Kindern aus, was bedeutet, jedes Kind hat 4 m² Platz. Gleichzeitig werden für diese 18 Klassen neun Gruppenräume à je 39 m² gebaut. In diesen hätten also zehn Schülerinnen und Schüler Platz. Somit kann man die Hälfte einer Klasse in einen Gruppenraum schicken. Kein Wunder brauchen wir immer mehr zusätzliche Klassenassistenten, denn Sie glauben ja nicht wirklich, dass Sie zehn Primarkinder unbeaufsichtigt arbeiten lassen können.

Diese Räume heissen aber Gruppenräume und nicht Halbklassenräume. Meine Frage an die Lehrerinnen und Lehrer unter Ihnen: Ist es nicht so, dass bei Gruppenarbeiten normalerweise Vier- oder höchstens Fünfergruppen in den Nebenraum geschickt werden? Brauchen diese tatsächlich 39 m², um an einem Tisch ein Blättchen auszufüllen?

Wenn Sie also schon Unmengen an Platz für Gruppenräume zur Verfügung stellen, bauen Sie im Schulhaus Guthirt wenigstens kleinere Räume. Denn ich garantiere Ihnen, dass die Lehrpersonen im Herti sehr schnell reklamieren werden, sie hätten zu wenig Gruppenräume, weil jede Lehrperson gerne ihren eigenen hätte. Bekanntermassen wachsen die Begehrlichkeiten mit dem Angebot.

Wenn man sich nun die Vorlage für den Erweiterungsbau Guthirt anschaut, könnte man meinen, dass die Stadt tatsächlich kleinere Gruppenräume plant. Nämlich zehn Stück, die zwischen 18 m² und 36 m² Fläche haben werden. Aber Moment mal: Die Gesamtfläche wird mit 360 m² ausgewiesen, womit jeder Raum trotzdem 36 m² haben wird. Ein Schelm, wer Irreführung vermutet.

Nun wird immer davon gesprochen, dass es in der Stadt Zug immer mehr Schülerinnen und Schüler geben wird. Es ist also von Interesse, bei einem Neubau Platz zu sparen. Im Herti wird es nun ein Lehrerzimmer und zwei Lehrervorbereitungszimmer sowie zwei Sitzungszimmer geben. Wissen Sie, wann Lehrer ihre Sitzungen abhalten? Nach der Schule. Dann wäre das Lehrerzimmer frei und man hätte schon wieder Platz gespart, was für das Guthirt eine Überlegung wert wäre.

Im Erweiterungsneubau Guthirt werden zusätzliche 12 Klassen beherbergt. Und für diese werden sage und schreibe acht Zimmer geplant, die nur für die Logopädie, die Heilpädagogik, die Schulsozialarbeit, die Schulsozialpädagogik und den sozialen Dienst zur Verfügung stehen. Wer die Quadratmeter ausrechnet, stellt fest, dass der Stadtrat von einer Fläche zwischen 9 m² und 18 m² pro

Zimmer ausgeht. Bei der Gesamtfläche allerdings wird klar, dass nur ein Zimmer 9 m² haben wird. Die restlichen werden 18 m² messen. Ein Schelm... Ach, lassen wir das.

Im Schulhaus, in dem ich gerade arbeite, sind all diese Dienste auf zwei Zimmer verteilt. Da die meisten Sozialarbeiter sowieso in einem Schulzimmer unterwegs sind oder auch noch Teilzeit arbeiten, werden diese Zimmer dann oft leer stehen, was eine weitere Platzverschwendung bedeutet. Denn um einen leidigen Bericht zu schreiben, brauche ich nicht ein ganzes Büro, dazu reicht mir ein Schreibtisch.

Lassen Sie mich zusammenfassend eines klarstellen: Mehr Nebenräume und schulische Sozialdienste führen nicht zu besseren Schülerinnen und Schülern, wie uns die Pisa-Studie 2023 wieder einmal aufgezeigt hat.

Fürs Erste aber stimmt die SVP dem Wettbewerbs- und Projektierungskredit zu. Und falls meine Worte für die anstehende Planung nicht ganz durchgedrungen sein sollten, gibt es ja dann immer noch die Möglichkeit, den Baukredit abzulehnen.

David Meyer

Die Stadt Zug hat ein Leitbild. Sie können das herunterladen und anschauen. Da steht drin, dass die Stadt Zug nach innen verdichten möchte. Und sie möchte auch haushälterisch umgehen mit dem Wiesland um die Stadt herum. Und genau das wird hier gemacht mit diesem Vorschlag, mit dem Standort im Guthirt.

Nun ist natürlich die Frage: Kann man das überhaupt? Das wurde hier vorhin schon in Zweifel gestellt.

Die Stadt Zürich ist uns da mit etwa zehn Schulhäusern in den letzten zehn Jahren deutlich überlegen. Wir haben in den letzten zehn Jahren etwa null Schulhäuser gebaut.

Sie haben ein Büchlein gemacht, in dem man die Benchmarks – wie man Neudeutsch sagt – nachschauen kann, also wie viele Schüler, wie viele Quadratmeter, wie viel Raum und so weiter. Das Büchlein wurde nicht von der Stadt gemacht, sondern von einem Ingenieurbüro, einem grossen Ingenieurbüro in Zürich. Und wenn Sie diese Meter, Quadratmeter und Volumina nehmen, stellen Sie fest: Tatsächlich ist es gut möglich, da ein Schulhaus zu bauen, wie es jetzt vorgesehen ist.

Zürich hat es wie gesagt schon vorgemacht. Die haben die Schulhäuser schon so gebaut, ein Steinwurf vom Cinemax weg finden Sie ein solches. Sie können aber auch weiter gehen, wenn Sie Lust haben. Wenn Sie schon mal in Hamburg waren, da gibt es die Elbphilharmonie und ein ganz neues Quartier auf dieser Halbinsel. Und Sie werden feststellen, auch da gibt es die Schulhäuser, picobello, ein Steinwurf davon weg. Es ist also vieles möglich, wenn man es eben schlaue arrondiert und schlaue plant.

Natürlich hätte man lieber mehr Platz und für die Kinder noch mehr und noch mehr und noch mehr... Aber genau das ist das Problem. Ich glaube, ich sage es an jeder Sitzung einmal: Diese Stadt hat eine Stadtmauer um sich herum. Sie können sie nicht sehen, ausser wenn Sie den Plan nach vorne nehmen und aufs GIS-System gehen. Sie werden feststellen, da ist eine Stadtmauer. Ausserhalb können Sie quasi nicht planen. Das heisst, Sie werden unsere Schulhäuser, unsere Bauten weitgehend innerhalb dieser Stadtmauer setzen müssen.

Das hier ist ein guter Versuch, in meinen Augen, wie man das machen kann. Wir können verdichten. Wir können das arrangieren.

Nun haben wir natürlich viele Jahre verbraucht mit neuen Versuchen und anderen Standorten. Jetzt müssen wir aber eingestehen, wirklich realistisch ist nicht viel anderes. Der Moment ist gekommen, abzudrücken und diese Dringlichkeit jetzt zu beheben.

Daniel Blank

Dass die Schulraumplanung an Fahrt aufgenommen hat, war uns bekannt. Über das angeschlagene Tempo und den knappen Vorlauf in der BPK waren unsere Mitglieder dann doch etwas überrascht. Wir schauen aber zuversichtlich nach vorne. Auf Agilität wird Stabilität folgen.

Kommen wir zum Guthirt. Wir begrüßen den Vorschlag, am bestehenden Standort auszubauen. Dies scheint uns auch betrieblich ideal. Der Denkmalschutz sollte eine Weiterentwicklung des Areals nicht grundsätzlich behindern. Wir erwarten auch, dass dazu bereits im Wettbewerbsverfahren Erkenntnisse gewonnen werden. Weil, Sie wissen es, die Prüfung der Schutzwürdigkeit ist sehr, sehr zeitintensiv.

Wir finden es auch wichtig, dass die Aussenräume qualitativ und flächenmässig passen. Besten Dank an dieser Stelle für die nachgelieferte Tabelle. Zur geäusserten Kritik in Bezug auf den Freiraum. Eigentlich geht es dabei in Bezug auf diesen ersten Bericht um einen Quartierfreiraum, also eigentlich eine Doppelnutzung von diesem Freiraum von der Schule und vom Quartier. Ich bin generell der Meinung, dass wir eine Weiterentwicklung der Schulstandorte nicht durch eine ausserschulische Zusatznutzung auf den Arealen verhindern sollten. Nicht nur auf dem Guthirtareal. Ich hatte diese Haltung auch gegenüber Drittnutzern im Herti oder allenfalls künftig im Loreto. Schulareale sind primär Schulareale. Zusatznutzungen sind zwar herzlich willkommen, solange der Platz da ist.

Liebe Esther, gerne sichere ich dir aber meine Unterstützung zu, wenn es darum geht, im Rahmen der Ortsplanungsrevision den Quartierfreiraum im Guthirtquartier zu verbessern. Der Zonenplan muss den Quartierfreiraum sicherstellen, nicht die Schule.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Ich danke Ihnen vielmals für die Voten – teils kritisch, teils sehr wohlwollend, aber ich entnehme trotzdem, dass wir mit einer Zustimmung zu diesem Wettbewerbs- und Projektierungskredit rechnen dürfen nachher in der Abstimmung.

Ich könnte ja sagen: Gebt uns diese grünen Wiesen und dann bauen wir Schulhäuser, die alle Bedingungen erfüllen, die genug gross sind, die Sportanlagen haben, die Aussenräume haben. Aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob das der Garant ist für unbedingt bessere Schulräume oder ob uns die Situation im Guthirt nicht sogar noch mehr herausfordert, wirklich gute Schulräume zu planen respektive im Rahmen des Wettbewerbs zu evaluieren.

Ich bin auf jeden Fall mal guter Hoffnung und denke, dass wir das schaffen könnten.

Ich möchte zu zwei, drei Sachen noch Stellung nehmen.

Ja, es war eine Feuerwehrrübung. Die Feuerwehrrübung war zusammen mit der Schulanlage im Arbach, die heute auch noch kurz ein Thema sein wird. Wir haben zeitgleich die Schulanlage im Arbach geplant und mit der Machbarkeitsstudie für die Erweiterung des Schulhauses Guthirt gestartet. Wir sind also jetzt seit mehr als seinem Jahr mit dieser Erweiterung beschäftigt. Aber es war danach eine Feuerwehrrübung für die BPK. Dafür möchte ich mich auch entschuldigen und kann nur sagen:

Das werden wir in Zukunft wieder besser machen. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, dass wir es eigentlich können. Das werden wir in Zukunft auch wieder so handhaben.

Auch erwähnen möchte ich, dass wir Versäumnisse aus der Vergangenheit aufholen müssen. Sie haben es auch in einzelnen Voten gehört. In der Schulraumplanung sind wir weit vier, fünf Jahren sehr engagiert unterwegs. Es ist viel passiert in dieser Zeit.

In der Herti werden nächstens die Baumaschinen auffahren können. Das sind dann die tollen Erfolge. Und jetzt das Schulhaus Guthirt, die Erweiterung, die wir jetzt auch anpacken können und einen Schritt weiter gehen können.

Was ich leider zum Schulraumplanungsbericht 2019 sagen muss, ist, dass nicht alles korrekt ist und dass schlicht und einfach gewisse Aussagen falsch sind, vor allem auch was den Aussenraum betrifft und was die Vergleiche der verschiedenen Schulstandorte betrifft. Hier wurden zum Teil Birnen mit Äpfeln verglichen. Wenn beim Aussenraum verschiedene Faktoren gemessen werden oder nicht, dann kann das natürlich nicht funktionieren und es sind Vergleiche so überhaupt nicht möglich. Das werden wir auch bereinigen, dass wir hier verlässliche Fakten haben, was den Aussenraum über alle Schulanlagen anbelangt.

Wir werden diesen Bericht entsprechend korrigieren und selbstverständlich dem GGR dann auch wieder zur Kenntnis bringen.

Es wurde gesagt, wenn man es richtig berechnet und richtig anschaut und beim Aussenraum das vergleicht, was zu Aussenraum gehört, und nicht Böschungen und Wege dazuzählt – einmal sind sie dabei, einmal nicht –, ist ganz klar: Das Schulhaus Guthirt ist die Schulanlage mit dem grössten Aussenraum pro Schüler. Nicht nur heute, sondern auch in Zukunft mit der Erweiterung. Und das sind, finde ich, mal gute Nachrichten. Der Aussenraum ist im Wettbewerb ein sehr wichtiges Beurteilungskriterium. Darauf haben wir im Wettbewerbsprogramm sehr grossen Wert gelegt. Und auch ich persönlich lege grossen Wert darauf in der Jurierung und werde dort meinen Beitrag dafür leisten oder mich entsprechend einbringen.

Was vielleicht einfach so nebenbei noch ist: Was sicher auch zur Aufwertung des Schulareals Guthirt beitragen wird, ist die Beruhigung der Industriestrasse, die jetzt angepackt wird und bereits im Herbst erfolgt sein soll. Das wird natürlich auch dem ganzen Schulareal – nicht flächenmässig, aber von der Belastung her – sehr helfen.

Wie geht es weiter? Einerseits warten wir auf die Denkmalpflege mit der Schutzabklärung. Sie wissen, dass der Stadtrat im Oktober 2023 das Gesuch um Entlassung gestellt hat. Als Erstes wird der Fachbericht eintreffen. Nach Abklärungen mit der Denkmalpflege können wir das in den nächsten Wochen erwarten. Ich bin zuversichtlich, dass das bis nach Ostern klappt. Dann haben wir eine erste Bewertung und Stellungnahmen und wissen, wo die Denkmalpflege hingehen will.

Das Zweite ist, deshalb war ja alles so pressant, im Moment ist es auf Simap ausgeschrieben. Es wird nicht mehr lange gehen, bis die Jury zusammenkommt. Bereits im Juli 2024, diesen Sommer, wird der Juryentscheid stehen und wir wissen, welches – hoffentlich sehr gute – Projekt wir dann weiterverfolgen können. Und dann wird es in nächsten Schritt an die Projektierung gehen. Das werden wir mit Einbezug der BPK machen, damit auch die BPK das Projekt in der Projektierung begleiten kann.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 5 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Abstimmung Nr. 2 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 31 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 1 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 5

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

6.2 Immobilien: Sportanlagen Herti; Umrüstung zweier Naturrasenplätze auf Kunststoffrasenplätze; Objektkredit

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2854 vom 16. Januar 2024
- Bericht und Antrag der BPK Nr. 2854.2 vom 27. Februar 2024
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2854.1 vom 19. Februar 2024

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Die Verwaltung erörterte uns zuerst die Ökobilanz sowie die mögliche Mehrnutzung der Plätze mit dem Kunstrasen. Sie bestätigte uns auch, dass grossmehrheitlich die Nutzung dieser neuen Plätze durch Stadtvereine gegeben ist.

Wie Sie aus dem Kommissionsbericht entnehmen konnten, erkundigte sich die BPK über die Problematik Mikroplastikabrieb, die Bewässerungstechnik, die hohen Temperaturen der Kunstrasenplätze, die Lebensdauer und so weiter.

Die Lebenserwartung des Kunststoffrasens sei bei ca. 15 Jahren. Die Bewässerungstechnik müsste ergänzt werden, da auf dem Kunststoffrasen eine grössere Anzahl von Rasensprengern gebraucht wird. Der Mikroplastik sammelt sich in den Filtersäcken. Diese werden regelmässig abgesaugt. Dies als Information zu unseren Fragen, die wir gestellt haben.

Die Plätze 4 und 5 sind 2.-Liga-tauglich und Platz 6 ist 1.-Liga-tauglich.

Da jetzt mehr Kunststoffrasenplätze vorhanden sein werden, braucht es einen zusätzlichen Traktor mit einem Reinigungsanhänger. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. CHF 95'000.00 und sind nicht in diesem Kredit enthalten.

Diverse Kommissionsmitglieder stellten noch die Frage betreffend den Mietvertrag, der 2027 ablaufen wird. Die Verwaltung betätigte uns mehrfach, dass mit der Korporation ein sehr gutes Verhältnis bestehe und sie keine Bedenken hätten, dass dieser aufgelöst werde.

Die BPK stimmte der Vorlage mit 10:0 Stimmen zu und beantragt Ihnen, den Objektkredit von CHF 4.5 Mio. einschliesslich MWST zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Die GPK behandelte dieses Geschäft am ebenfalls am 19. Februar. Wir haben dann erfahren, dass die BPK zu einem späteren Moment dieses Geschäft auch noch – zu Recht, wie ich finde – diskutieren wollte. Deshalb mussten wir dieses Geschäft unterbrechen und haben die Schlussabstimmung dann – das lege ich hier offen – auf dem Zirkularweg durchgeführt.

Im Wesentlichen danken wir dem Stadtrat für die sehr in die Tiefe gehende Vorlage. Sie haben sich wirklich sehr viele Gedanken gemacht. Das ist auch in der Beilage, in der Präsentation, welche wir von der GPK erhalten haben, vor allem auch die vom BPK-Präsidenten Richard Rüegg erwähnten Herausforderungen mit den neuen Kunststoffrasenplätzen, insbesondere mit dem Wasser und den Temperaturproblemen, die möglicherweise auftauchen.

Zusätzlich haben wir einen Abklärungsauftrag gegeben. Sie finden ihn auf Seite 6 von 7 im Kommissionsbericht. Die Frage war, welche Kunststoffrasenplätze im Kanton Zug bereits zuhänden

der Sportgemeinde zur Verfügung stehen. Es sind insgesamt 15 gemäss dieser Tabelle. Sie sehen, wir sind überhaupt nicht irgendwie verwöhnt oder haben einen Spezialfall.

Es ist völlig klar, dass die Umrüstung von den Naturrasenplätzen auf die Kunststoffrasenplätze natürlich für die jungen Sportler, aber auch für die Sportvereine eine zusätzliche Zeitdimension darstellen. Das heisst, wenn wir dieses Angebot auf Naturrasenplätzen machen müssten, müssten wir mehrere solche zusätzlichen Plätze bauen. Ihnen ist bekannt, die Stadt verfügt nicht über diese Landreserven, das zu machen. Es ist also ein Effizienzgewinn, der sich hier ausdrückt.

Diesbezüglich sind wir überzeugt, dass die beantragten CHF 4.5 Mio., die zur Umrüstung der Rasenplätze Nr. 4 und Nr. 5 benötigt werden, zu bewilligen sind. Wir haben diesem Antrag des Stadtrats in der GPK einstimmig auf dem Zirkularweg zugestimmt, nachdem das Resultat der Abstimmung der BPK bekannt wurde.

Daniel Marti

Nachdem der Antrag des Stadtrates für einen Objektkredit zur Umrüstung zweier Naturrasenplätze bei den Sportanlagen Herti in der BPK und der GPK auf Herz und Nieren geprüft und ohne Gegenstimmen als für gut befunden wurde, konnten auch wir in der GLP-Fraktion nicht genügend Haare in der Suppe finden, um zu opponieren, und stimmen dem Antrag auch einstimmig zu.

Für mich persönlich, als ehemaliger Hobby-Fussballer aus der Provinz, ist eine Umstellung auf Kunstrasen aber auch mit einem gewissen nostalgischen Schmerz verbunden. Der Geruch von frisch gemähtem Gras, das Gefühl von weichem Boden unter den Füßen und das Spiel auf einem natürlichen Untergrund waren für mich immer ein besonderes Erlebnis. Es ist natürlich schade, dass diese Erfahrung für die jüngeren Generationen nun verloren geht. Trotzdem erkenne auch ich an, dass die Umstellung auf Kunstrasen nun notwendig ist, um sowohl ökologische als auch ökonomische Herausforderungen anzugehen.

Es ist ein Schritt in die richtige Richtung und daher stimmen wir dem Objektkredit von CHF 4.5 Mio. zur Umrüstung zweier Rasenplätze in den Sportanlagen Herti auf Kunststoffrasenplätze zu. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Jérôme Peter

Wir danken dem Stadtrat, der BPK und der GPK für die gut vorbereitete Vorlage. Vorweg: Wir von der SP-Fraktion sind der Umrüstung der Naturrasenplätze zu Kunstrasenplätzen positiv gestimmt und werden dem Objektkredit zustimmen.

Die Vorteile des Kunstrasens leuchten uns ein. Fussball sowie andere Sportarten auf Fussballplätzen sind sehr populär und brauchen immer mehr Platz. Es ist deshalb sinnvoll, wenn die Plätze möglichst viel genutzt werden können.

Wir hätten uns gewünscht, dass die gesundheitlichen Aspekte noch vertiefter miteinbezogen werden, insbesondere da Studien zu Langzeitwirkungen noch fehlen. Aber auch hier scheinen die Vorteile doch zu überwiegen. Studien dazu sollten jedoch unbedingt im Auge behalten werden, so dass man bei neuen Erkenntnissen schnell reagieren kann.

Einen Punkt, der auch in der GPK zur Sprache kam, möchten wir nochmals aufgreifen. Dass Vereine genug Spielzeiten auf Plätzen bekommen, ist klar und wichtig. Nicht vergessen werden sollte aber die allgemeine Bevölkerung. Es ist wichtig, dass auch diese Fussballplätze zur Verfügung haben für freies Spiel. Dies kommt bisher zu kurz. Hier sollte die Abteilung Sport wirklich ein grosses Augenmerk darauf setzen, dass sich diese Situation in Zukunft verbessert. Die Plätze könnten zum Beispiel auch

unter der Woche tagsüber offen sein, dass Kitas, Kindergärten, Kinder etc. die Plätze nutzen können, wenn diese nicht gebraucht werden.

Alex Odermatt

Die Fraktion der SVP hat das Projekt für die Umrüstung auf Kunstrasen bei der letzten Fraktionssitzung besprochen.

Wir stimmen dem Neubau der zwei Kunstrasen grundsätzlich zu. Die Nachfrage nach mehr Fussball-Quadratmeter ist in der Statistik gut sichtbar. Auch sehen wir ein, dass nach einem starken Regenguss der Platz für eine bestimmte Zeit gesperrt wird und in dieser Zeit nicht bespielbar ist. Zur Förderung des Sportes ist es nötig, dass das Terrain sofort wieder bespielbar sein muss.

Natürlich ist der Betrag von CHF 4.5 Mio. auf den ersten Blick viel. Dafür muss man bei der Erneuerung nur noch CHF 1.2 Mio. bezahlen. Und der Kunstrasenplatz sollte ja 15 Jahre bespielbar sein.

Betreffend Plastikabrieb sind wir der Meinung, dass die Stadt Zug alles unternimmt, um die Kunstfasern nicht ins Abwasser zu führen. Auch haben wir im normalen Alltag etwa das gleiche Problem.

Einen starken Nachteil sehe ich im Hochsommer. Da heizt sich der Kunstrasen sehr schnell auf und gibt die Wärme den Spielern weiter. Ich beneide dann die Spieler nicht.

Die Fraktion der SVP stimmt dem Antrag zu.

Corina Kremmel

Die Mitte-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich das Projekt zur Umrüstung zweier Naturrasenplätze in Kunststoffrasenplätze.

Im Vergleich zu Naturrasen erfordert ein Kunststoffrasenplatz weniger Wartung. Es entfällt das regelmässige Mähen, Bewässern und Düngen, was Zeit und Kosten spart. Zudem müssten die bestehenden Rasenfussballplätze zeitnah einer Totalsanierung unterzogen werden, was ebenfalls mit hohen Kosten verbunden wäre.

Die Kunststoffrasenplätze sind unempfindlicher gegenüber Witterungseinflüssen. Regen oder Schnee beeinträchtigen die Spielbedingungen nicht, sodass Spiele auch bei ungünstigem Wetter durchgeführt werden können. Heute ist dies oft nicht der Fall und die bereits knappe Anzahl Fussballplätze werden an den bespielbaren Tagen noch mehr genutzt und die Abnutzungserscheinungen sind deutlich sichtbar. Die genannten Kunststoffrasenplätze haben zudem eine längere Lebensdauer im Vergleich zu Naturrasen. Dies macht sie zu einer kosteneffizienten Investition, obwohl die aktuell genannten Kosten inklusive des Traktors unseres Erachtens hoch sind, aber vertretbar. Wir sind der Meinung, dass bei einer Mehrnutzung von 250 % beziehungsweise 40 Stunden pro Woche statt der bisher 20 Stunden pro Woche die Kosten gerechtfertigt sind. Ebenso eignen sie sich aufgrund ihrer Strapazierfähigkeit und Witterungsbeständigkeit für verschiedene Sportarten.

Der Wermutstropfen, dass bestehende Natur beziehungsweise Rasenplätze dem Kunststoffrasen weichen müssen, der bleibt. Zudem sind wir nicht ganz überzeugt, dass danach wirklich eine verbesserte Ökobilanz erzielt wird. Ebenso wäre es wünschenswert, wenn bei ähnlich gelagerten Projekten in Zukunft die abgeführte Wärme zur Energieverwendung wiedergenutzt werden könnte.

Jedoch sind wir uns der Knappheit der Fussballplätze bewusst und stehen dem Projekt nicht im Wege. Wir hoffen auf viele motivierte Sportler, ab jetzt auch bei Regen und Schnee, und auch auf eine sportbegeisterte Korporation, dass der Mietvertrag stetig verlängert wird, und stimmen grossmehrheitlich dem Objektkredit von CHF 4.5 Mio. zur Umrüstung der beiden Rasenplätze auf zwei Kunststoffrasenplätze zu.

Maria Hügin

Die FDP-Fraktion unterstützt mit grosser Mehrheit den Antrag des Stadtrates, in der Sportanlage Herti zwei Naturrasenfelder in Kunstrasenfelder umzuwandeln.

Wobei CHF 4.5 Mio. für zwei Fussballfelder auch für die Stadt Zug viel Geld sind. Deshalb haben wir die Vor- und Nachteile sorgfältig abgewogen. Die langfristigen Vorteile, insbesondere die Erhöhung der Nutzungsintensität und die witterungsunabhängige Verfügbarkeit der Anlagen, sind auch für uns wichtige Argumente, um das Projekt zu unterstützen. Die Ausweitung der Nutzungszeiten und -möglichkeiten stellt insbesondere für unsere Vereine eine wesentliche Verbesserung dar, da sie einen durchgängigen Trainings- und Spielbetrieb über das ganze Jahr ermöglicht.

Ein weiteres zentrales Anliegen der FDP-Fraktion sind die ökologischen Auswirkungen dieses Projektes. Besonders positiv bewerten wir die Aussicht, durch den Einsatz von Kunstrasen die Ökobilanz positiv zu beeinflussen. Hoffnung setzen wir in das laufende Projekt mit der Hochschule OST, in dem die mögliche Nutzung der erhöhten Oberflächentemperaturen des Kunstrasens zur Energiegewinnung untersucht wird. Sollte dieses Projekt erfolgreich sein, wäre dies ein starkes Signal für die Nachhaltigkeit und Innovation, da die Nutzung der Anlage einen deutlich geringeren ökologischen Fussabdruck hinterlassen würde.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns ist die öffentliche Zugänglichkeit der Plätze. Die Bereitstellung von Flächen, die der gesamten Bevölkerung zugutekommen, ist ein Anliegen der Bevölkerung in der Stadt Zug. Wir sehen in einem Pilotprojekt, das die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Öffnung auslotet, die Chance, wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen und empfehlen dem Stadtrat deshalb, ein solches Projekt durchzuführen.

Abschliessend möchte ich hervorheben, dass mit der Umrüstung der beiden Fussballfelder ein wichtiger Beitrag zur Förderung des Sports und zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls geleistet wird. Unser Dank gilt allen, die sich mit grossem Einsatz und Engagement diesem Vorhaben widmen.

Patrick Steinle

Auch unsere Fraktion unterstützt diese Vorlage. Allerdings haben wir schon einige gewichtige Vorbehalte. Nicht wegen allfälligen Mikroplastikabriebs, ich habe gewichtig gesagt. Beim Mikroplastik ist es ja so, es entsteht mehr vom Reifenabrieb der Spieler und Zuschauer, wenn sie mit Autos da hinfahren, als nachher auf dem Platz.

Unsere Bedenken, und auch unsere Forderungen, betreffen drei andere Aspekte: Erstens werden neu die Mehrheit, nämlich vier von sieben städtischen Fussballfeldern, mit Kunstrasen ausgerüstet sein. Das ist zwar platzeffizient und gar nicht so umweltfeindlich, wie man denken könnte, aber es ist schon eine Entfremdung von der Natur, wie das auch Daniel Marti bedauert hat. Und es könnte ein Nachteil sein für unsere einheimischen Fussballer und Fussballerinnen. Wenn diese mehrheitlich auf Kunstrasen trainieren, dann aber auswärts und im eigenen Stadion bei den Ernstkämpfen aber auf holpriger Naturunterlage spielen, könnten sie einen Nachteil gegenüber den Konkurrenten haben.

Neue Plätze sollten also nicht mehr auf Kunstrasen umgerüstet oder bereits als solche gebaut werden. Wir fordern, dass wenn zusätzliche Fussballfelder im Rahmen der Ortsplanung ausgeschieden und dann erstellt werden, dass man darauf achtet, dass nicht mehr als die Hälfte der Zuger Plätze mit Kunstrasen ausgerüstet wird. Das sollte dann auch reichen bei Schlechtwetter und für die Wintertrainings.

Zweitens gibt es durchaus eine relevante und sehr unerwünschte Umweltauswirkung der Kunstrasen, es war schon die Rede davon: Die Kunstrasen überhitzen extrem. So stark, dass sie im Sommer über Mittag sogar abgekühlt werden müssen, damit sie am Nachmittag überhaupt noch bespielbar sind. Ich wollte eigentlich eine Folie zeigen, aber Sie haben ihre Laptops. Wenn Sie auf Zugmap beim Suchbegriff «Klima» eingeben und dann die Lufttemperatur um vier Uhr morgens auswählen, dann sehen Sie das ziemlich anschaulich. Nördlich vom Feldhof gibt es einen Hitzespot, sogar morgens um vier ist so ein Kunstrasenfeld noch drei Grad wärmer als die Umgebung. Wenn wir das jetzt ausweiten auf zwei Plätze mehr, dann haben Sie da nördlich des Feldhofs, statt der Kühlung durch die Lorzenebene am Stadtrand, einen eigentlichen Hitzeschild.

Entsprechend befürworten wir es sehr, dass die Felder mit Temperatursonden auszurüsten, um Daten zu generieren, um diese Überschusswärme wenigstens energetisch nutzen zu können. Das bringt aber den Anwohnern nichts – deshalb fordern wir, dass auch geprüft wird, wie die bestehenden Sprinkleranlagen auch für eine Nachtabkühlung eingesetzt werden könnten. Wenn wir diese Plastikfasern abends nach Spielende und dann immer wieder minimal befeuchten, sollten wir in der Lage sein, eine Art natürliche Vegetation zu simulieren und über Verdunstung einen Kühlungseffekt zu erzielen. Dafür braucht es keine spezielle Investition, die Sprinkleranlagen sind ja sowieso da.

Drittens verlangen wir, wie das auch die SP- und die FDP-Fraktion schon getan haben, dass wenigstens einer dieser Fussballplätze – es muss keiner der zwei neuen sein, aber unbedingt wenigstens ein Platz – versuchsweise auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Es kann doch nicht sein, dass hier hektarweise öffentliche Fläche, mit grossem Aufwand von der Stadt erstellt und bewirtschaftet, exklusiv und gratis dem Vereinssport zur Verfügung gestellt wird, währenddem die Anwohner, Kinder und Jugendliche mit ihren Freunden, Vätern, Müttern und so weiter, wenn die spontan in der Freizeit mal Fussball oder Frisbee oder sonst was spielen wollen, nur diesen mickrigen Spickel südlich des Fussballfeldes Nr. 6 zur Verfügung haben. Statt Bewegungsprogramme und Jugendarbeit, statt Gesundheitsförderungskonzepte und Integrationsanlässe – lassen wir doch einfach mal so ein Feld offen, dann findet das fast gratis statt. Und wenn dann der Platzwart mal ein Fötzelchen auflesen muss, dann ist das zwar sehr ärgerlich, aber es gehört dann halt zu seinem Job, er ist ja Platz- und nicht Gefängniswart. Und wenn der Rasen schneller abnutzt als normal, dann ist das ja super, denn das heisst, er wird wirklich gebraucht und wir stellen den nicht einfach an die Sonne, damit er langsam ausbleicht.

Fazit: Wie gesagt unterstützen wir die Vorlage und stimmen dem Kredit zu, in der Hoffnung, dass die Korporation den Mietvertrag über 2032 hinaus verlängert, und in der Erwartung, dass unsere Forderungen ernst genommen werden, wir behalten uns sonst entsprechende Vorstösse ausdrücklich vor.

André Wicki, Stadtpräsident

Vielen Dank für Ihre Voten und auch die wohlwollenden Meinungen, die Sie entsprechend eingebracht haben.

«Ja, ich cha nume säge, es gid nüd bessers als dass Meitli und Buebe i Verein döffed spiele – und die Erwachsene selbstverständlich au.»

Im heutigen Fall, was die zwei Kunststoffrasen betrifft, können wir wirklich die steigende Anzahl – Damen und Herren und «Meitli» und «Buebe» – Vereinsmitglieder auffangen. Sie sehen auf Seite 3, es sind mittlerweile 1'300 Vereinsmitglieder. Das ist eine Zunahme von 29 % seit dem Jahre 2020. Es wurde auch aufgezeigt, dass wir sehr haushälterisch mit dem Land umgehen. Das heisst, wenn wir Kunststoffrasen haben, können wir den 2,5-mal mehr gebrauchen. Umso mehr er genutzt wird, umso besser ist auch die Ökobilanz. Und auch von den Zahlen her kann ich nur sagen: Der Unterhalt bei Kunststoffrasen liegt zwischen CHF 30'000.00 und CHF 40'000.00, bei Naturrasen rund CHF 60'000.00.

Ja, meine Damen und Herren, Sie haben recht, CHF 4.5 Mio. ist ein rechter Betrag. Aber ich glaube, wir konnten in der BPK und in der GPK aufzeigen, dass wir kostenmässig auf die Zahlen geschaut haben. Irgendwann kommt der Kunststoffrasen an das Ende seiner Lebensdauer. Und dann reden wir nicht mehr von CHF 4.5 Mio., weil die ganzen Tiefbauarbeiten inklusive Entwässerung in der Höhe von CHF 1.7 Mio. entfallen. Sie nehmen den Rasen weg, können ihn vielleicht sogar weiterverwenden, und legen den neuen Rasen wieder auf. Selbstverständlich sinken die Ausgabenpositionen Zäune, Beleuchtung, Honorare und Reserven entsprechend auch.

Ein paar Punkte zu Ihren Ausführungen als solches.

Lieber Fussballer und liebe Fussballerinnen, es ist so, Naturrasen ist anders als Kunststoffrasen. Ich habe ein Stück mitgenommen. Sie können gerne mal entsprechend den Unterschied fühlen, wenn Sie möchten. Das ist ein sogenannter unverfüllter Kunststoffrasen, der gemäss der Aufstellung und Studie der Hochschule wirklich auch viel nachhaltiger ist, achtmal auf Rang Nummer 1 und viermal auf Rang Nummer 2.

Es ist sicher so, dass sich der Rasen entsprechend aufheizt. Wir hatten das auch schon in der GPK und BPK entsprechend besprochen. Auch da verweise ich auf eine Semesterarbeit an der Hochschule OST, auf die wir wirklich sehr gespannt sind, da geht es um Energiegewinnung aus Kunststoffrasenwärme. Wenn wir das machen können, sind wir natürlich sehr froh. Wie Patrick Steinle schon gesagt hat, wird ein Kabel eingelegt, mit dem ständig die Temperaturen aufgenommen werden können.

Auch wurde in der GPK gesagt, wie weit es möglich ist, dass die Rasenfelder von der Öffentlichkeit verwendet werden können, wenn die Sportplätze nicht von den Vereinen genutzt werden. Das betrifft vor allem das Feld 7, das wird auch heute schon für die Öffentlichkeit benutzt. Im Detail kann ich Ihnen nicht sagen, wie weit, aber Raphael Rogenmoser von der Abteilung Sport hat das aufgenommen und wir werden das sicherlich auch entsprechend weiter prüfen, was die Leerzeiten betrifft.

Wegen des Baurechts, das haben wir selbstverständlich abgeklärt, schon im Vorfeld. Ich habe auch schon in der GPK ausgeführt, dass das Baugesuch von der Korporation bereits unterschrieben wurde. Und ja, es ist so, die Korporation ist ein sehr guter Partner von der Stadt Zug und wird es auch weiterhin so bleiben.

Besten Dank und vielen Dank für die Unterstützung.

David Meyer

Ich war letzte Woche bei mir im Büro über einen grossen Stapel an Fachliteratur gestolpert und wollte den abarbeiten, bin aber nicht sehr weit gekommen – nämlich wegen eines Artikels da drin. Darin geht es um das Abwasser von Sportplätzen. Wir hatten in der BPK das Thema Mikroplastik und sonstige

Sachen, die da im Kunststoff drin sein könnten, auch schon aufgebracht. Da wurden wir belehrt, dass es keine Untersuchungen dazu gibt. Das stimmte zu jenem Zeitpunkt, das war vor einem Monat. Die Fachliteratur, die ich gelesen habe, ist tatsächlich vom März.

Und jetzt kommt das Spannende. In Glarus wurde in Wiggis eine grosse Sportanlage gebaut, mit Sportplätzen und Sonstigem. Dort wurde geschaut, was man machen kann. Herausgefunden wurde, es gibt eine relativ einfache Massnahme mit der man 50 % DOC und 50 % PAK weg und sonst noch einiges wegbringt. Wie macht man das? Es ist ein technischer Filter. Es handelt sich um ein Ding, das man quasi in den Abwasserschacht einsetzt und das Wasser gut filtert.

Nun, ich habe deswegen einen Antrag vorbereitet, denn ich dann auch gerne kurz abgeben würde.

Ich beantrage Erhöhung des Budgets für die Kunstrasenplätze um CHF 15'000.00 zwecks Einbau von technischen Wasserfiltern, sinngemäss einem «ACO Stormclean», der in der Fachliteratur so erwähnt war, oder vergleichbar, wie es im «Aqua & Gas» Nr. 3/2024, S. 65, im Artikel «Effizientes Regenwassermanagement auf Sportplätzen – Technische Filter im Fokus» beschrieben ist.

Ich danke und würde mich natürlich freuen, wenn wir diesen Antrag durchbringen würden.

Werner Hauser

«Wenn ich eso zuelose hüt, meinti ich, üseri Zuekunft müsst us Plastik si und alles sig happy – das isch ja wahnsinnig.» Und einmal mehr sind Widersprüche an der Tagesordnung und alle Fragen sich, wieso der Bürger zur Politik kein Vertrauen mehr hat.

So ist doch die Stadt Zug als Energiestadt ausgezeichnet und setzt auf Nachhaltigkeit. Zudem gab es politische Vorstösse, dass man die Kreislaufwirtschaft optimiert nutzen soll. Auch die Natur ist der Stadt ein wichtiges Anliegen. Es werden sogar kleine Naturpärke eingerichtet. Zudem werden kanalisierte Bäche wiederum renaturiert, damit die Natur mehr Lebensraum hat. Diese Projekte sind nicht falsch, denn in den heissen Sommertagen sind dies kühlende Oasen und für die Natur eine Wohltat.

Nun aber der Super-GAU: Die Stadt Zug ersetzt Rasen durch Plastik.

Im Gegenzug wollen diverse Gemeinden, wie auch der Kanton Solothurn, Schottergärten verbieten. Und wie passt nun dieses Projekt in die Nachhaltigkeitsphilosophie der Stadt Zug?

Der Lebensraum von vielen Kleininsekten wird vernichtet und der Boden des Areals versiegelt. Dieses Vorgehen hat doch wirklich nichts mehr mit Nachhaltigkeit zu tun.

Was für Vorteile hat denn der Plastikrasen? Für mich keinen. Während der Sommerzeit, wenn die Temperaturen sehr hoch sind, ist der Aufenthalt auf dem Plastik unerträglich. Es stinkt nach Plastik und der Boden entwickelt noch zusätzliche Hitze. Auch brennende Zigarettensammel sind für den Plastikrasen nicht zu empfehlen, ansonsten müsste dieser wiederum in Kürze ersetzt werden. Und vom Recycling will ich schon gar nicht sprechen. Die Wiederverwertung wird sehr wahrscheinlich in Perlen sein.

Aber wenn die Stadt von diesem Produkt so überzeugt ist, so könnte man ja alle Freibäder der Stadt Zug mit jenem Kunstrasen auslegen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus den eben erwähnten Kriterien kann ich dieses Vorhaben nicht unterstützen. Nun hoffe ich auf den richtigen Entscheid und dass wir der Natur eine Chance geben. Oder wollen Sie lieber Plastik statt Rasen?

Philip C. Brunner

Vorab danken wir der GLP beziehungsweise David Meyer für diesen Vorschlag.

Die SVP-Fraktion wird den Vorschlag, der ja diese CHF 15'000.00 beinhaltet, zustimmen. Allerdings machen wir das nur deshalb, weil die Marschrichtung stimmt.

In der Vorlage des Stadtrates sind CHF 200'000.00 Reserven eingeplant. Das sind 4.4%. Wir sind eigentlich der Meinung, dass dieses Vorhaben aus den Reserven durchaus finanziert werden kann. Aber wenn wir das ablehnen, dann wäre das das falsche Signal. Auch wir finden, Wasser ist eine wichtige Sache. Und wenn es neue technische Möglichkeiten gibt, soll man in die Richtung gehen. Es sind vermutlich die Honorare, die dann möglicherweise etwas höher sind, aber das nehmen wir in Kauf. Uns geht es darum, dass deine Idee umgesetzt wird. Wir würden es begrüßen, andere Fraktionen diesen Vorschlag ebenfalls unterstützen. Ich denke, das ist ein konstruktiver Vorschlag von jemandem, der ja als Ingenieur mit praktikablen Lösungen vertraut ist. Ich glaube, dass das eine gute Sache ist.

Corina Kremmel

Die Mitte-Fraktion wird Erhöhung um CHF 15'000.00 nicht unterstützen. Und zwar nicht, weil es keine gute Sache ist – wir finden das etwas sehr gutes und David Meyer weiss wahrscheinlich von uns allen am meisten darüber Bescheid –, wir sind der Meinung, dass der Preis schon jetzt schon ziemlich hoch ist und dass wir dies von den Reserven gebrauchen können. Wir appellieren aber an den Stadtrat, dieses Thema anzugehen und diese CHF 15'000.00 von den Reserven zu nehmen.

André Wicki, Stadtpräsident

Ich kann nicht aus dem Stegreif sagen, das ist gut oder nicht gut, aber ich schlage vor beziehungsweise die Empfehlung von uns ist, dass wir bei diesem Budget bleiben, aber dass David Meyer uns diese Fachliteratur mal zusendet. Sollten diese Filter wirklich das versprechen, was gesagt wurde, dann nehmen wir das selbstverständlich auf. So oder so sind wir auf dem Weg, aber wir möchten schon zuerst prüfen, ob das wirklich auch hält, was es verspricht.

Das Zweite ist, lieber Werner Hauser: Schau dir mal die Studie an, wie die ganze Ökobilanz aussieht, was die Nachhaltigkeit ist. Die Studie der Hochschule zeigt wirklich auf, dass dem so ist. Ein Naturrasen hört sich zwar schön nach Natur an, aber ist in der Ökologie und Nachhaltigkeit alles andere.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zu Titel und Ingress das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Ziff. 1

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zu Ziff. 1 ein Antrag von Gemeinderat David Meyer vorliegt, den Objektkredit zwecks Einbau von technischen Wasserfiltern um CHF 15'000.00 zu erhöhen. Der Objektkredit würde sich damit auf CHF 4'515'000.00 erhöhen.

Abstimmung Nr. 3

- Für den Antrag von David Meyer auf Erhöhung des Objektkredits um CHF 15'000.00 stimmen 28 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag von David Meyer auf Erhöhung des Objektkredits um CHF 15'000.00 stimmen 8 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat dem Antrag zugestimmt hat. Die Höhe des Objektkredits erhöht sich demnach in Ziff. 1 und Ziff. 2 des Beschlussentwurfs auf CHF 4'515'000.00.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zu Ziff. 1 – 5 des Beschlussentwurfs das Wort nicht weiter verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Abstimmung Nr. 4 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 34 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 2 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

7. Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Geschäfte vorliegen.

8. Parlamentarische Vorstösse

8.1 Postulat (Motion) J. Küng, ALG, und Mitunterzeichner vom 8. Januar 2024 betreffend «Stadtzuger Jungbürgerfeier auch für Jugendliche ohne Schweizer Pass»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2862 vom 20. Februar 2024

Delia Meier

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung unseres Postulats zur Jungbürgerfeier. Mit grosser Freude durften wir lesen, dass unser Anliegen aufgenommen wurde und sogar bereits dieses Jahr umgesetzt werden soll. Besten Dank an den Stadtrat für diese schnelle Beantwortung und Umsetzung.

Wie auch der Stadtrat sind wir überzeugt, dass dies ein wichtiges Zeichen ist. Ein Signal, dass auch viele Jugendliche ohne Schweizerpass hier geboren und aufgewachsen sind, die Schule besucht und eine Lehre absolviert haben. Ein Signal, dass auch die gut 36 % aller Personen ohne Schweizerpass in unserer Stadt genauso Teil unserer Gesellschaft sind wie diejenigen mit dem roten Pass.

Einen kleinen Wermutstropfen gibt es dennoch für uns: Ein Teil von uns Postulantinnen und Postulanten findet es schade, dass nicht wirklich alle 18-Jährigen zukünftig eingeladen werden sollen, sondern nur diejenigen mit Aufenthalt B und Niederlassung C. So könnten wir uns vorstellen, dass der Kreis der Eingeladenen in Zukunft ja vielleicht noch erweitert wird.

Trotzdem nehmen wir die Antwort des Stadtrates insgesamt positiv zur Kenntnis und freuen uns auf die nächste Ausgabe der Jungbürgerfeier diesen Sommer, ein hoffentlich grösseres Aufkommen und gute Gespräche mit den 18-Jährigen.

Albina Fässler

Im Namen der SP-Fraktion danke ich den Postulanten und dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Es ist sehr erfreulich, dass der Stadtrat sich dazu entschlossen hat, die Tore der Jungbürgerfeier für alle zu öffnen, und dies bereits in diesem Jahr. Dieses Thema beschäftigt uns ja seit 2019.

Schliesslich werden alle diese Jugendlichen volljährig. Mit dem einen Unterschied, dass die einen nun offiziell wählen und stimmen dürfen. Teil der Gesellschaft sind sie jedoch alle.

Es gibt Stimmen, die es als «Privileg» belassen wollen, welches nur den Schweizer Bürgern zusteht. Wir stimmen jedoch dem Stadtrat zu, dass alle ihren Lebensmittelpunkt hier in Zug haben, unabhängig ihrer Nationalität, und somit leisten sie ihren Beitrag und tragen zur Entwicklung unserer Stadt bei.

Integration beginnt mit Gleichbehandlung, besonders in so jungem Alter ist dieser Miteinbezug eine Würdigung und für ihre Entwicklung wichtig. Wir bieten damit allen jungen Erwachsenen Einblick in die Politik und machen somit eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft schmackhaft. Und es ist auch nicht so, dass wir die einzige Gemeinde sind, die dies einführt. Nein, wir tun es anderen Zuger Gemeinden gleich.

Ich spreche aus Erfahrung, wenn ich sage, ich hätte mir damals bei meiner Volljährigkeit gewünscht, eine Einladung zu erhalten. Es ist für junge Erwachsene nicht einfach, ausgeschlossen zu werden. Sie sind nicht mehr gleich verbunden mit dem Ursprungsland ihrer Eltern und durch solche Ausschlüsse können Sie hier nur bedingt Heimat finden.

Dominique Messmer

Es ist nicht das erste Mal, dass das Thema, Ausländer an der Jungbürgerfeier teilnehmen zu lassen, aufblitzt. Bereits zu Zeiten, als Turi Cantieni hier Stadtschreiber war, versuchte man Grundlagen für die Teilnahme der ausländischen Jugendlichen zu finden. Dies ging so weit, dass die Teilnehmer beim jeweils durchgeführten Wettbewerb an der Jungbürgerfeier angeben sollten, ob man in Zukunft ausländische Jugendliche ebenfalls einladen solle.

Schon damals haben sich die SVP, die FDP und die damalige CVP über diese Fragestellung aufgeregt und schlussendlich die Frage aus dem Wettbewerb verbannt.

Mit dem vorliegenden Postulat wollen nun Julia Küng und die Mitunterzeichner das Thema wieder aufnehmen. Die Begründungen sind für uns jedoch nicht ganz nachvollziehbar.

Viele Jugendliche ohne Schweizer Pass seien in Zug aufgewachsen und zur Schule gegangen. Sie miteinzuladen würde zur Förderung ihrer Identifizierung mit der Schweiz beitragen.

Wenn man in Zug in die Schule gegangen ist, sollte man sich mit der Schweiz oder zumindest mit der Stadt Zug bereits identifizieren. Sollte dies nach mehreren Schuljahren noch nicht der Fall sein, wird auch eine Abendveranstaltung von rund vier bis fünf Stunden dies nicht nachholen.

Die zweite Begründung lautet, dass beim Neuzuzüger-Apéro ebenfalls alle, die künftig Steuern zahlen, eingeladen würden und es nicht fair sei, mit Steuergeldern Dinge zu finanzieren, die nicht von allen genutzt werden können.

Dieser Vergleich ist mehr als aus der Luft gegriffen. Neuzuzüger sind alle, die frisch nach Zug ziehen. Da spielt die Nationalität keine Rolle. Bei der Jungbürgerfeier geht es aber darum, Jugendliche als «junge Bürger» zu begrüßen. Und Bürger sind nun mal nur Personen mit Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz. Ausserdem bezahle ich als Steuerzahler zum Beispiel Velowege, die von mir nicht genutzt werden, und an den Neuzuzüger-Apéro wurde ich auch nur einmal eingeladen, was absolut unfair ist.

Zudem ist es keine Staatsaufgabe, für Jugendliche eine Art «Jahrgangstreffen» zu organisieren und zu finanzieren. Denn genau das würde mit der Umsetzung des Postulats gemacht und somit die traditionelle Jungbürgerfeier eliminiert.

Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht von sinkenden Teilnehmerzahlen an der Jungbürgerfeier. Betrachtet man aber die Zahlen der letzten drei Jahre, ist von einer Rückläufigkeit nichts zu sehen, steigerte sich die Teilnahme zwischen den Jahren 2021 bis 2023 doch um sieben Prozent.

Sollte der Stadtrat nun der Meinung sein, dies seien zu wenig Teilnehmer, um das Fest durchzuführen, wäre es ehrlicher und kostengünstiger, diese Feierlichkeit in Zukunft zu streichen, statt sie künstlich auszuweiten.

Wir nehmen den Bericht des Stadtrates ablehnend zur Kenntnis und hoffen, dass die Mehrheit in diesem Rat dies ebenfalls tun wird.

Sollten bei der Abstimmung die Teilnehmerkriterien für die Jungbürgerfeier aufgeweicht werden, stellen wir einen Eventualantrag, dass der Name «Jungbürgerfeier» mit einem dem Anlass entsprechenden Titel ersetzt wird.

Ratspräsident Roman Burkard weist darauf hin, dass der gestellte Eventualantrag bei der Behandlung von Postulaten nicht möglich ist, der Antrag aber im Protokoll aufgeführt wird.

Dominique Messmer

In dem Fall behalten wir uns vor, bei ablehnender Abstimmung ein entsprechendes Postulat einzureichen.

André Bliggenstorfer

Die meisten, welche in Zug aufgewachsen sind, werden wohl sehr gute Erinnerungen an ihre Jungbürgerfeier haben.

Wie der Name schon sagt, war die Jungbürgerfeier bis anhin eine schöne Tradition, bei der die jugendlichen Zugerinnen und Zuger ihren Schritt zu erwachsenen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern feierten.

Der Entscheid des Stadtrates, den Kreis der Eingeladenen nun auf Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B und Niederlassungsbewilligung C zu erweitern, finden wir etwas befremdlich. Aus unserer Sicht widerspricht das der ursprünglichen Idee der Feier und verändert deren Charakter wesentlich. Zumal findet Integration nicht an einem einzigen Abend statt.

Unsere Ansicht ist ganz und gar nicht als negative Haltung gegen ausländische Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zug zu verstehen. Auch wir in der FDP-Fraktion sehen Zug als weltoffene Stadt, die sich durch ihre multikulturelle Einwohnerstruktur auszeichnet. Trotzdem ist das Schweizer Bürgerrecht ein hohes Gut, das man auch feiern darf.

Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, im Rahmen der Erweiterung der Feier deren Namen entsprechend anzupassen, beispielsweise «Jungeinwohnerfeier» oder ähnliches. Und wir sind der Meinung, dass der Kreis der zusätzlich Eingeladenen auf Jugendliche mit einer Niederlassungsbewilligung C beschränkt werden soll. Denn eine B-Bewilligung erhält jede EU/EFTA-Person, die einen Tag in der Schweiz ist.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragen wir negative Kenntnisnahme.

Jérôme Peter

Wenn hier Namenswünsche gemacht werden, will ich auch noch nach vorne kommen. Ich würde gerne «Einwohner*innenfeier» vorschlagen, dass auch unsere weiblichen Bürgerinnen eingeladen werden.

Benny Elsener

Ich habe Verständnis für alle Jugendlichen, die hier in der Stadt geboren und aufgewachsen sind, ihren Lebensmittelpunkt hier in der Stadt Zug geniessen. Sie sollen an der Jungbürgerfeier teilnehmen können.

Aber ich habe klare Ansprüche an die Jungbürgerfeier:

1. Die Jungbürgerfeier wird ausnahmslos in Schweizerdeutsch abgehalten;
2. Nur Personen mit Schweizerpass und C-Bewilligung sind zur Jungbürgerfeier zugelassen;
3. Kein interkultureller Anlass;
4. Nachtessen mit Schweizer Küche.

Der Bericht des Stadtrates ist mir zu offen, daher auch für mich negative Kenntnisnahme.

René Gretener

Noch einige Anmerkungen, zum Beispiel zur angeblich tiefen Teilnehmerzahl.

Warum soll die tiefe prozentuale Teilnehmerzahl von 30 % relevant sein? Sie entspricht ja mehr oder weniger der durchschnittlichen Stimmbeteiligung der unter 25-Jährigen.

Diejenigen, die tatsächlich teilnehmen, schätzen den Anlass vermutlich sehr und sind stolz, stimmberechtigte Jungbürger geworden zu sein.

Wir entwerfen aus Sicht dieser doch 50 Teilnehmenden den Anlass, wenn wir daraus ein Get-together für Neu-Volljährige machen.

Und vielleicht einfach ein Vorschlag: Warum nicht einfach einen separaten Anlass durchführen? Alle neu Volljährigen werden zu einem coolen Anlass eingeladen. Das Geld dafür wäre ja vorhanden und das wäre eine gute Art, der jungen Bevölkerung etwas zu bieten.

Nina Koller

Ich finde es schön, dass so aktiv Ideen eingebracht werden und auch Kritik geäußert wird. Aber ich muss sagen, wenn wir über Themen sprechen, wo ich mich vielleicht nicht allzu gut damit auskenne, dann höre ich mir die Informationen der Anwesenden und der Redner an und versuche, mir entsprechend eine Meinung zu bilden.

Ich hatte vor zwei Jahren meine Jungbürgerfeier und würde jetzt behaupten, dass ich entsprechend vielleicht dazu auch meine Meinung äussern kann. Ich finde es etwas irritierend, dass wir in diesem Rat jetzt so aktiv darüber diskutieren, nachdem das Postulat bereits angenommen wurde und der Stadtrat auch einen lösungsbringenden Vorschlag gebracht hat.

Deswegen würde ich doch vorschlagen, dass wir diese Diskussion beim Entscheid des Stadtrates lassen können. Es war eine Idee von den Jungen, weil wir Jungen ja gemerkt haben, dass an diesem Anlass die Verteilung so keinen Sinn mehr ergibt. Entsprechend dürfen wir doch diese Anlässe auch so gestalten, wie es für uns und die gesellschaftliche Umstrukturierung einen Sinn macht.

Philip C. Brunner

Geschätzte Frau Gemeinderätin, erlaube, dass ich mich an dich wende. Uns trennt ein halbes Jahrhundert an Alter. Hier muss ich dich schon etwas belehren.

Punkt 1: Dieses Postulat wurde an den Stadtrat überwiesen zur Beantwortung. Es wurde nicht erheblich erklärt. Der Stadtrat gibt uns jetzt seine Antwort und seine Meinung. Es ist ureigenste Aufgabe dieses Parlaments, also auch von dir – du bist ein jüngerer Mitglied, aber es gibt ältere Mitglieder, dass wir zusammen die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt vertreten. Wir sind aufgefordert, uns eine Meinung zu bilden. Es ist hier also nicht irgendein Jugendclub, wo alle unter 30 ihre Meinung abgeben können zu etwas, das dann für sie gemacht wird, und alle über 60 können auch ihre Meinung abgeben zu Themen wie die Alterszentren Zug, sondern wir haben gemeinsam eine Aufgabe und die ist beispielsweise, diesen Entscheid zu fällen.

Man darf verschiedener Meinung sein. Man kann dafür sein, man kann dagegen sein. Für das haben wir die Fraktionen, die entsprechend in der Meinungsbildung helfen.

Entschuldigung für diesen Unterricht. Aber ich finde, das Votum von dir kann man so nicht stehen lassen.

André Wicki, Stadtpräsident

Erstens mal finde ich natürlich die Vielfalt im Grossen Gemeinderat sehr, sehr spannend und gut – auch demographisch. Und so soll es ja auch entsprechend sein. So kann man sich eine Meinung bilden.

Bei der Jungbürgerfeier ist es so, wenn der Beantwortung des Postulats zustimmen, dann müssen sich ja nicht nur die jungen Schweizerinnen und Schweizer, die volljährig sind, sondern auch entsprechend die jungen Damen und Herren aus EU und EFTA darum bewerben beziehungsweise sich anmelden.

Ja, meine Damen und Herren, wir sind – sage ich immer – lokal, national, international oder ein gallisches Dorf. Wir sind eine internationale Stadt und leben mit Personen aus 124 Nationen zusammen, das sind rund 36.1 % der Bevölkerung, die entsprechend international aufgestellt sind. Und denken Sie nur an verschiedene Branchen. Wie würde die Gastronomie/Hotellerie aussehen, der Pflegebereich, ohne die entsprechenden Damen und Herren, die sich hier ansässig gemacht haben.

Das Nächste ist natürlich, es ist nicht etwas Superneues, dass wir Personen in Zug haben mit Status B, das heisst aus EU und EFTA, mit Gültigkeitsdauer von fünf Jahren, oder mit Status C, das heisst mit mindestens fünf oder zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz.

Ich habe die Zahlen angeschaut, die kann man gerne nachprüfen. Die Steuererträge von juristischen Personen kommen zu 84 % von internationalen Firmen, 16 % sind Schweizer Firmen. Ein guter Mix. Die Damen und Herren, die irgendwann mal hierhergekommen sind, haben ja vielleicht auch Kinder, die in diesem Alter sind.

Ich kann nur zusammenfassend sagen: Der Stadtrat sieht es wirklich als eine Gelegenheit, den Jungen, die nicht Schweizer Bürgerinnen und Bürgern sind, unseren Rechtsstaat, unseren Föderalismus, unsere Gepflogenheiten, miteinander die Dinge anzugehen und zu besprechen, näherzubringen. Das kann eine Chance sein, lokal, national und international mehr zusammenzubringen. Und wenn Sie, meine Damen und Herren, an die Jungbürgerfeier kommen, mit Beteiligung von Damen und Herren aus EU und EFTA, dann können wir ja das Gespräch aufnehmen. Das gibt sicher einen guten Austausch.

Beim Menü, Benny Elsener, schlage ich vor: «Nüsslisalat mit e chli Ei, Zuger Gschnätzlets und denn Zuger Kirschtorte.»

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 5

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 20 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 16 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8.2 Interpellation der Fraktionen SP und ALG-CSP vom 4. Februar 2024 betreffend «zur Transparenz und Veröffentlichung von Verkehrsdaten in Bezug auf den Stadttunnel»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2861 vom 13. Februar 2024

Esther Ambühl Tarnowski

Ich halte hier das Votum für die Postulantinnen und gleichzeitig für die SP-Fraktion.

Ohne in die Archive zu steigen, darf wohl gesagt werden, dass die Geschwindigkeit der Beantwortung dieser Interpellation rekordverdächtig war. Etwas mehr Geschwindigkeit würden wir auch bei anderen Vorstössen begrüßen. Kirschloh lässt grüssen.

Viel Neues hat die Beantwortung der Interpellation nicht zu Tage gebracht. Wir wissen nun vielleicht, dass die eine oder andere Information mit dem Wissen der richtigen Stichworte irgendwo in den tiefen Tiefen des Internets auffindbar gewesen wäre. Transparente und aktive Kommunikation sieht aus unserer Sicht aber anders aus, insbesondere wenn sich der Stadtrat so viele Möglichkeiten zur Information schafft, wie im Vorfeld dieser Abstimmung.

Weiter wurden auch hier Themen gebetsmühlenartig wiederholt, die nicht belegt sind, zum Beispiel dass der ÖV profitiert hätte. Dass es sich hier nicht um eine Gesamtsicht handelt, sondern sich insbesondere auf den Abschnitt zwischen den beiden Tunnelportalen bezog, wurde auch hier ausgeklammert.

Was wir aber immer noch nicht wissen, ist, was den Stadtrat, so wie in der Medienmitteilung vom Januar 2024 ausgeführt, 2019 bewogen hatte, beim Regierungsrat für einen Stadttunnel zu weibeln. Werden wir vielleicht auch nie wissen – ist nun auch nicht mehr so wichtig.

Wichtig ist aber, dass der Stadtrat die Lehren aus dieser Abstimmung zieht. Wichtig ist:

- Nicht nur den Verkehr, sprich Autos, zu betrachten, sondern die Mobilität ganzheitlich anzuschauen;
- Lösungen zu finden, die bei Bedarf adaptiert werden können, denn wir können höchstens errahnen, was die Zukunft bringen wird;
- transparent zu informieren, damit sich die Bevölkerung ein objektives Bild machen kann und damit – ganz wichtig – wieder mehr Vertrauen in die von ihr gewählten Behörden hat.

Anlass für unsere gemeinsame Interpellation war, mehr Licht in die Verkehrsdaten und -prognosen sowie deren Verfügbarkeit zu bringen. Etwas mehr wussten wir zwar nach dem Lesen der Beantwortung, aber vieles bleibt weiterhin unklar. Wir wollen nun aber vorwärts schauen. Schauen, wie wir unsere Mobilität ganzheitlich in siedlungsverträgliche Bahnen lenken können. Ich schliesse nun die Akten – wir nehmen die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis.

Dagmar Amrein

Ich nehme an, Ihre Motivation, nochmals über Verkehrszahlen zu sprechen, hält sich ebenso in Grenzen wie meine. Aber da müssen wir nun durch.

Nein, der Stadtrat machte keine gute Falle im Umgang mit diesen Verkehrszahlen. In unserer Interpellation «Auswirkungen Tangente Zug-Baar auf die Verkehrssituation der Stadt Zug» im vergangenen Jahr haben wir explizit nach den Verkehrszahlen im Stadtzentrum von Zug gefragt. Die Antwort des Stadtrates, dass im Stadtzentrum keine Messungen erfolgt seien und deshalb keine

Aussagen zu einer allfälligen Wirkung der TZB gemacht werden könne, war nicht transparent und schlicht falsch: Im Zentrum von Zug wird der Verkehr täglich gemessen.

Vom Kanton erhielten wir die Verkehrszahlen und es wurde deutlich: Die viel zitierten 20'000 Fahrzeuge pro Tag sind eine grobe Rundung, meistens sind es nämlich 5 % bis 10 % weniger. Nun kann man finden, solch eine Zahl zu runden sei legitim – geschickt und vertrauensbildend ist es trotzdem nicht. Was jedoch mehr ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, dass die Verkehrszahlen seit 10 Jahren rückläufig sind. Und diese Tatsache gibt schon zu denken – wurde vom Stadtrat aber tunlichst verschwiegen.

Auf unsere Frage nach den Grundlagen und Verkehrsberechnungen beruft sich der Stadtrat nun auf «verschiedene Untersuchungen und Studien zum Verkehr und Mobilitätsverhalten», welche man in Auftrag gegeben habe. Welche das sind, wird nicht erläutert.

Andererseits beruft man sich auf das Mitwirkungsverfahren zur räumlichen Gesamtstrategie. Dass man dieses ernst nimmt, finden wir richtig. In diesem Mitwirkungsverfahren werden aber auch ein Niedergeschwindigkeitsregime im Zentrum und ein durchgängiges und sicheres Velowegnetz von zwei Dritteln der Befragten befürwortet. Dies gilt es ebenso ernst zu nehmen.

Schliesslich beruft sich der Stadtrat auf die «Verkehrsperspektiven 2050» des Bundesamts für Raumentwicklung. Besten Dank für diesen Link. Damit wird zumindest klar, weshalb der Stadtrat überzeugt ist, dass in Zukunft mit mehr Verkehrsaufkommen zu rechnen ist. In dieser Studie wird aber auch davon ausgegangen, dass der MIV rückläufig sein wird, hingegen der ÖV und der Langsamverkehr aber zunehmen wird.

Und genau hier müssen wir nun ansetzen: Wie viele Personen sich dereinst entscheiden, das Auto zu Hause zu lassen, ist ja nicht gottgegeben, sondern es ist abhängig davon, ob es gute Alternativen gibt.

Die Ausgangslage ist klar: Das Zuger Stimmvolk hat sich binnen neun Jahren zweimal an der Urne klar gegen einen Stadttunnel ausgesprochen. Gleichzeitig wollen alle eine Verkehrsberuhigung im Zentrum – auch dies wurde von einer Mehrheit im Mitwirkungsverfahren und von allen Parteien gefordert.

Nun muss mit höchster Priorität nach zukunftsgerichteten Lösungen gesucht werden. Wir fordern, dass der Stadtrat ein Konzept ausarbeitet, welches den Langsamverkehr und den ÖV konsequent fördert. Gegenüber dem Kanton muss sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass der Stadttunnel baldmöglichst aus dem Richtplan gestrichen wird und dass die relevanten Kantonsstrassen zu Gemeindestrassen abklassiert werden. Dies ist wichtig, damit wir Stadtzuger die Verkehrsplanung unabhängig gestalten und das Heft selber in die Hand nehmen können.

Um die Spitzen des motorisierten Verkehrs zu brechen, muss dieser gelenkt werden. Wie dies gelingen kann, dazu liegen ja schon Vorschläge vor. Ich verweise insbesondere auf den Bericht von Rudolf Keller & Partner vom Jahre 2022.

Ratspräsident Roman Burkard bittet Gemeinderätin **Dagmar Amrein**, beim Thema der Interpellation zu bleiben.

Dagmar Amrein

Ich komme gleich darauf zurück. Auf jeden Fall hat Zug das Privileg, ein sehr gutes finanzielles Polster zu haben und daher auch innovative und pionierhafte Lösungen ausarbeiten und testen zu können.

Schauen wir nun also nach vorne und beginnen wir, zukunftsgerichtete Lösungen zu suchen und zu finden. Wir nehmen die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den Interpellanten und beim Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation und nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Wir sind aber schon sehr erstaunt, wie die Sieger das Resultat der Abstimmung zu den Umfahrungen Zug und Ägeri interpretieren und versuchen, dieses Resultat, passend zu ihrer Verkehrsbehinderungspolitik, richtiggehend umzubiegen.

Wir kommen da schon zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Das Stimmvolk hat Nein gesagt zur Umfahrung Zug und somit auch Nein gesagt zu 75 % weniger Verkehr in der Innenstadt. Ebenfalls hat das Volk Nein gesagt zu einer autoverkehrsfreien Vorstadt.

Es war eben genau nicht die Katze im Sack, über die hier abzustimmen war, sondern über einen Mehrwert für Fussgänger, Velofahrer, Autofahrer und für den ÖV. Das Stimmvolk hat das anders gesehen; und hat sich gegen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und Entflechtung ausgesprochen.

Dies gilt es zu respektieren; auch von den Gewinnern der Abstimmung.

Entsprechend entbehrt es jeglicher Grundlage, irgendwelche Verkehrsbehinderungen zu fordern, insbesondere auch da wir seit der Abstimmung wissen, dass der Verkehr rückläufig ist, trotz Bevölkerungswachstum.

Alexander Kyburz

Wir danken dem Stadtrat für seinen grossen Einsatz für einen einfachen Zentrumstunnel. Das Resultat der Bürger ist jedoch eindeutig: Das Projekt des einfachen Zentrumstunnels wurde verworfen. Immerhin bin ich persönlich froh darüber, dass Stadt und Kanton gleich abgestimmt haben.

Der Abstimmungskampf und der einfache Zentrumstunnel sind Schnee von gestern. Jetzt geht es darum, nach vorne zu schauen und mit einfachen Mitteln den Verkehrsfluss zu verbessern. Handlungsbedarf besteht nach wie vor. Wir setzen uns weiterhin für ein Miteinander aller Mobilitätsformen ein; miteinander statt gegeneinander.

Neue Fahrverbote lehnen wir entschieden ab. Der Zentrumstunnel wurde an der Urne abgelehnt. Über Fahrverbote wurde nicht abgestimmt.

Jetzt sind einfache Mittel gefragt, die das Miteinander fördern. Zu prüfen sind zum Beispiel eine Lichtsignalanlage beim Fussgängerstreifen am Bundesplatz zwischen Manor und Coop City. Auch bei der Vorstadt könnte eine Lichtsignalanlage geprüft werden.

Schritt für Schritt zu mehr Lebensqualität in unserer Stadt.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

David Meyer

Ich habe vorher erläutert, dass ich letzte Woche Fachliteratur gelesen habe. Ich möchte Ihnen auch erläutern, dass ich diese Woche Fachliteratur gelesen habe.

Es gibt da – wenn Sie das in Google eingeben möchten – das Projekt E-Bike-City der ETH Zürich. Was tun die da? Wenn Sie auf die Website gehen, finden Sie: «Wie Zürichs Strassen aussehen müssten, damit mehr E-Bikes als Autos fahren.»

Interessant ist, dass die ETH mit einem Riesenaufgebot von sieben, acht Departementen diese Frage anschaut. Auch interessant ist ein kleiner Film von Professor Dr. Axhausen. Beim Schauen des Films merken Sie: Das Ganze ist gar nicht so banal.

Ratspräsident Roman Burkard bittet Gemeinderat **David Meyer**, beim Thema der Interpellation zu bleiben.

David Meyer

Ich komme zurück auf die Thematik der Datengrundlagen der Stadt. Sie stellen fest, dass der Professor auch über die Zahlen, die Daten referiert sowie über die Möglichkeiten und Limiten. Die Limiten sind recht eng, was überhaupt physikalisch und statistisch möglich ist.

Deswegen: Die Diskussion, die wir hier immer führen, wie wir jetzt alles ändern wollen – die Daten in Ehren, aber in diesem Fall merken wir einfach, wenn Sie die Studien anschauen, die noch nicht fertig sind, dass wir mit dem Übereifer etwas warten sollten.

Ratspräsident Roman Burkard merkt an, dass die Beratung der vorliegenden Interpellationsantwort keine Nachbesprechung zur Abstimmung über den Stadttunnel werden soll.

Patrick Steinle

Nach Roman Küns Votum beziehungsweise dem SVP-Fraktionsvotum bin ich jetzt doch ziemlich froh, dass der Regierungsrat noch eine Nachwahlbefragung in Auftrag gegeben hat, was denn die Motivation der Abstimmenden so war. Ich schlage vor, wir warten die mal ab. Ich könnte mir vorstellen, dass es durchaus sein könnte, dass es doch Leute gibt, die gerne eine Verkehrsreduktion in der Innenstadt hätten oder eine verkehrsfreie Vorstadt, einfach mit anderen Mitteln als mit einem Tunnel. Aber warten wir doch das mal ab.

Philip C. Brunner

Das Votum von Patrick Steinle animiert mich, ganz kurz auch noch ein Votum zu halten.

Die FDP-Fraktion im Kantonsrat hat zusammen mit der SVP-Fraktion im Kantonsrat heute eine entsprechende Interpellation eingegeben, die dem Regierungsrat Fragen stellt unter dem Thema «Wie weiter in Sachen Verkehrspolitik im Kanton Zug». Einfach damit Sie das wissen. Das Thema wird uns nach dieser Abstimmung nicht gleich verlassen, sondern es sind selbstverständlich viele Fragen aufgetaucht. Ja, auch ich bin froh, dass man das wissenschaftlich aufarbeitet und 1'000 Leute befragt, mit einer Abweichung von ein paar Prozent zwar, aber immerhin sieht man, in welche Richtung es geht. Ich denke, wir brauchen nach diesem Abstimmungskampf auch eine gewisse Versachlichung der diversen Planungen und eine Versachlichung der Diskussion vor allem.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Ich möchte nochmals Folgendes klar festhalten: Der Stadtrat hat die Verkehrszahlen im Zusammenhang mit der Umfahrung jederzeit korrekt kommuniziert. Er hat ausschliesslich über die aktuelle Situation mit 20'000 Fahrzeugen täglich informiert. Weder hat er Mehrverkehr prognostiziert

noch hat er düstere Zukunftsprognosen mit noch mehr Verkehr heraufbeschworen. Während der ganzen Kampagnenzeit war das nie der Fall.

Das hatte der Stadtrat auch gar nicht nötig, weil das heutige Verkehrsaufkommen schon alarmierend genug ist und das auch in Zukunft so bleiben wird.

Was den Vergleich Stadttunnel mit der Tangente anbelangt: Wir haben nie gesagt, dass im Stadtzentrum keine Verkehrsmessungen gemacht wurden. Denn selbstverständlich werden die Verkehrszahlen regelmässig erhoben. Was wir gesagt haben, ist, dass im Stadtzentrum in Bezug auf die Tangente keine spezifischen Verkehrsmessungen gemacht wurden. Dazu müssten nämlich alle Fahrten vom Start bis ins Ziel nachverfolgt werden können, um zu wissen, ob sie in einem Zusammenhang mit der Tangente stehen. Und das wurde nicht gemacht. Insofern war auch unsere Antwort immer korrekt, was wir dazu kommuniziert haben.

Ich bin ebenfalls sehr froh, dass der Kanton die Nachbefragung machen wird. Vor allem wird es uns ermöglichen, all die Spekulationen, die nach wie vor im Raum stehen – und jeder legt es ja am Schluss so aus, wie es ihm am besten dient – dass wir weniger Spekulationen haben und wieder etwas mehr Fakten. Es ist klar, wir haben ein Verkehrsproblem in der Stadt. Wir haben es vor der Abstimmung und wir haben es nach der Abstimmung. Und was sicher nicht sein kann, ist, dass wir jetzt den Kopf in den Sand stecken oder jeder nur für seine Lösungen schaut. Sondern was ich mir wünsche, vor allem auch in diesem Rat, dass wir wieder etwas mehr am gleichen Strick ziehen können. Es geht nämlich um unsere Stadt, in der wir hier alle wohnen.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8.3 Interpellation der Fraktionen ALG-CSP, Die Mitte, GLP, SP und SVP vom 25. Mai 2023 betreffend «Relevante Fragen zum Projekt Schulhaus Arbach (genannt Guthirt II)»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2863 vom 20. Februar 2024

Patrick Steinle

Seitens der Interpellanten bedanken wir uns beim Stadtrat für diese Beantwortung. Man könnte jetzt meinen, die Interpellation sei angesichts des Verzichts auf die Weiterverfolgung des Standorts Arbach obsolet geworden. Dem ist aber nicht so. Wir sind der Ansicht, dass man doch einiges daraus lernen kann.

Dabei geht es nicht primär um Vergangenheitsbewältigung, es geht darum, für die Zukunft die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Punkt 1 ist vielleicht ein bisschen das Erwartungsmanagement. Wenn man über Monate mit glänzenden Augen von einem geheimnisvollen Platzhalter im Guthirt spricht und sich dieser dann als Spickel Landwirtschaftsland im Arbach entpuppt, bei dem dann vielleicht sogar noch der Vorwurf im Raum steht, man habe hier Privaten, die anderswo im Quartier für eine Kinderschwemme sorgen, noch zu einer weiteren Einzonung verholten – ja, dann können gewisse Erwartungen enttäuscht werden. In Zukunft sollten wir da vielleicht ein bisschen vorsichtiger sein.

Die wichtigere Lehre Nummer 2 ist: Die Stadt Zug braucht dringend mehr räumlichen Handlungsspielraum, sprich in allen Quartieren mehr freie Flächen oder Liegenschaften, nicht nur für die aktuellen, sondern auch für zukünftige Bedürfnisse. Wir sollten dringend unseren grossen finanziellen Spielraum nutzen, um aus diesem engen räumlichen Korsett auszubrechen und uns auch physische Ellbogenfreiheit zu verschaffen, damit wir nicht bei jeder beliebigen Gelegenheit zur Bittstellerin bei der Korporation oder bei Privaten werden.

Und drittens und letztens: Wir brauchen eine vorausschauendere Planung, bessere Koordination, mehr Ausnutzen von Synergien. Derzeit entsteht für uns Interpellanten ein bisschen der Eindruck, die Stadt Zug lebe quasi von der Hand in den Mund. Es geht um momentane Bedürfnisbefriedigung, erledigt und irgendwo platziert wird, was gerade am dringendsten oder aktuellsten scheint. Dabei – und das darf ich hier explizit im Namen aller Unterzeichnenden sagen – brauchen wir doch eine Zusammenstellung des heutigen Bedarfs und auch des künftigen Bedarfs, mit einem Zeithorizont für sicher 20, 30 Jahre. Was gibt es da für Nutzungen und Bauten, die die Stadt Zug aufstellen muss oder will? Und dazu braucht es eine Strategie mit einer Zeitachse, wo und wie diese erstellt werden.

Falls eine solche Planung weder Aufgabe der Abteilung Immobilien noch des Stadtplaners oder der Stadtarchitektin oder der Stadtentwicklung sein sollte, dann brauchen wir halt noch eine zusätzliche Stelle, aber diese brauchen wir unbedingt, sonst nehmen sich diesen Themen so Grüppchen von Feierabendpolitikern an, und zwar nicht aus Geltungsdrang oder Langeweile, sondern aus einem Gefühl einer aktuellen Notlage.

So weit zur Replik. Schauen wir doch jetzt nach vorne. Schauen wir dazu, dass sich das nicht wiederholt, etwa in der äusseren Lorzenallmend – auch dort muss sich die Stadt dringend Land sichern. Vielleicht nicht unbedingt für das Schulhaus, das kann man vielleicht noch als Campus mit dem Riedmatt zusammen machen, aber für andere und vielleicht eben auch unvorhergesehene zukünftige Nutzungen. Irgendwo brauchen wir sicher auch ein Kunst- und Kulturgüterdepot. Ich war an

der Besichtigung des Kunsthauses und sehe da eine gewisse Notwendigkeit. Und so weiter und so fort. Und es soll nicht sein, dass jede Institution für sich selbst vor sich hin wurstelt, sondern das muss koordiniert ablaufen.

Aber bevor ich hier noch mehr vom Thema abweiche, bedanke ich mich im Namen der Interpellanten nochmals für die Antworten und bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Und wenn ich jetzt noch zehn Sekunden habe, kann ich für die Fraktion gleich anschliessen: Die Fraktion schliesst sich dem an.

Christoph Iten

Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Im Grossen und Ganzen stimmen wir mit dem Votum von Patrick Steinle beziehungsweise der Interpellanten überein.

Gut liegt nun eine kurzfristige Lösung via Ausbau auf dem bestehenden Areal vor, und trotzdem ergeben sich zwei sehr wichtige Punkte aus dieser Interpellation:

Erstens: Wie bereits zuvor erwähnt, sehen wir eine gewisse Tendenz des «Feuerlöschens» im Bereich der Infrastrukturplanung. Der Stadtrat löst – oder eben löscht – stets das drängendste Problem, bleibt dabei aber immer im Reaktions-Modus, man reagiert auf Druck. Der Stadtrat muss sich aber weg vom Reaktions- hin zum Aktions-Modus bewegen, er muss vorausschauender agieren.

Es ist für uns sehr gut nachvollziehbar, dass insbesondere im Baudepartement sehr viele Projekte mit hoher Dringlichkeit am Laufen sind. Und trotzdem ist es eben wichtig, dass man irgendwann weg vom Reagieren hin zur vorausschauenden Planung kommt. Und wenn es dazu zusätzliche Ressourcen braucht, dann verschliesst sich die Mitte dieser Diskussion nicht.

Die Mitte-Fraktion sieht beispielsweise eine grosse Gefahr, dass durch die Erweiterung auf dem bestehenden Guthirt-Areal der unmittelbare Druck entschärft wird – und man sich entsprechend einfach der nächstdringlichen Baustellen widmet. Aber genau jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, um proaktiv, frühzeitig einen potenziellen Standort für das Guthirt II zu evaluieren, auch wenn es jetzt vielleicht gerade nicht das Thema oder die Lust ist, sich gleichzeitig auch dem Guthirt II als Standort zu widmen, wenn man noch mit der Erweiterung des aktuellen Standortes beschäftigt ist. Der Ahornpark ist beispielsweise mitten in der Entwicklung, ich habe soeben die heutige Medienmitteilung gelesen, das städtebauliche Richtprojekt wurde soeben verabschiedet. Ich habe darin kein einziges Wort bezüglich Schulbauten gelesen. Heisst nicht, dass es nicht geplant sein muss. Es zeigt aber auf: Es ist jetzt schon höchste Zeit, wenn man da irgendwo einen Pflock einschlagen will, dass man das jetzt angeht. Sonst stehen wir dann einfach wieder vor der nächsten Feuerwehrrübung, wenn es um den zweiten Standort geht.

Wir stellen uns ein wenig die Frage: Wie können wir hier den Druck hochhalten? Wie bringen wir den Stadtrat weg vom Reagieren – hin zum proaktiven Planen und Gestalten?

Wir haben hier auch noch keine Lösung, aber es ist notwendig. Ich möchte wie erwähnt anfügen, dass wir verstehen, dass es nicht einfach ist, aber es ist notwendig.

Der zweite Punkt betrifft die Aussenwirkung der Kommunikation des Stadtrates. Ich fasse den Ablauf dieser Guthirt-Erweiterung aus einer Aussensicht mal – ein wenig überspitzt vielleicht – zusammen:

- Schulraumplanungsbericht 2020: Unter dem Titel Verdichtungspotenzial heisst es, das Guthirt ist bereits übernutzt, die Reduktion um 1 Kindergarten und 2 Primarschulklassen wäre angezeigt.

- Dann am 03.05.2023 eine Medienmitteilung: «Die Schulanlage Guthirt ist bereits heute bis an die Grenzen ausgelastet und lässt aufgrund der engen Platzverhältnisse vor Ort keine Erweiterung zu. Als einzige Option bleibt die Realisierung eines zweiten Schulstandorts.» Der Entscheid ist gefallen, der GGR kann nach den Sommerferien über den Wettbewerbskredit beschliessen. So in der Medienmitteilung.
- Dann kam die Interpellation, diverse Aktionen aus den umliegenden Nachbarschaften.
- Im Januar 2024: Ein neuer Bericht ist da, es gibt jetzt doch Verdichtungspotenzial auf dem Guthirt-Areal, man muss nicht verkleinern, wir können massiv mehr verdichten.

Und jetzt stehen wir hier und können darüber abstimmen beziehungsweise haben schon darüber abgestimmt.

Ich glaube, die Damen und Herren Stadträte merken selbst, dass diese Kommunikation aus einer Aussensicht vermutlich nicht optimal gelaufen ist. Als reguläres GGR-Mitglied fühlt man sich so ein wenig an der Nase herumgeführt. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von GGR und Stadtrat ist diese Kommunikation künftig unbedingt zu verbessern. Ich denke, so lassen sich auch ein Stück weit die Gegenwehr oder die stark kritischen Fragen aus fast allen Fraktionen in dieser Interpellation etwas abfangen.

Somit sind wir jetzt aber froh darüber, dass wir heute über die Erweiterung auf dem bestehenden Areal abstimmen konnten. Wir danken dem Stadtrat für diesen geleisteten Effort. Gleichzeitig war der Weg dahin nicht optimal und die Lehren bezüglich frühzeitiger und proaktiver Planung sowie offener und stringenter Kommunikation müssen aus unserer Sicht daraus gezogen werden.

Mit diesen zwei Hinweisen nimmt die Mitte-Fraktion Kenntnis von der Antwort des Stadtrates.

David Meyer

Die GLP-Fraktion unterstreicht das, was die Interpellanten bereits beantwortet haben.

Wir möchten aber noch eine weitere Unterstreichung hinzusetzen. Und zwar geht es um diesen langfristigen Plan. Der wurde vorhin schon erwähnt und er fehlt wirklich.

Wenn wir uns die SBB nochmals in den Kopf bringen und sagen, die haben einen Plan bis 2050, das ist ein Plan, der weit über den Horizont des heutigen SBB-Chefs hinausgeht. Und es ist auch ein Plan, der über den vorherigen SBB-Chef hinausgeht. Aber wichtig ist, das wäre eben der Pflock, den man einschlagen kann, in der Zeit, in der man als Stadtrat aktiv ist. Man macht eine langfristige Planung. Man macht eine langfristige Zusammenstellung, über den Horizont, den man selber noch aktiv ist.

Wenn man sich die Gebäude anschaut und die Laufzeiten, Gebäude, Sanierung – 50 Jahre ist recht viel, so lange halten die Gebäude. Aber man muss die bereits in der heutigen Zeit, mit Einsparungen und allem, längstens schon vorher geplant und angedacht und aufgezogen haben.

Und das ist das, was ich mitgeben möchte. Hier müssen wir wirklich eine Zusammenstellung haben, wirklich einen Fahrplan haben, damit wir hier nicht immer mit Hauruck-Übungen überfallen werden und dann halt zustimmen müssen, sondern dass wir einen Fahrplan haben, dem wir in Ruhe entgegenlaufen oder mitlaufen können.

Barbara Gisler

Eine kurze Bemerkung zu all den Voten. In einem gebe ich recht. Die Kommunikation tönt von aussen betrachtet wirklich nicht ideal. Dem stimme ich zu.

Dem anderen Votum, dass man besser planen muss, möchte ich jetzt doch noch einen Schutzschild aufspannen für den aktuellen Stadtrat. Wir hatten andere Besetzungen in den Leitungspositionen in den vergangenen paar Jahren. Und da wurde so vieles verschlafen. Wir sind jetzt am Ausbaden von einer verfehlten Schulraumplanung. Und da möchte ich einfach um ein bisschen Verständnis bitten für die, die jetzt am Schwimmen sind, exklusive Kommunikation.

Philip C. Brunner

Wir sind sehr dankbar für diese Diskussion, wir finden sie wichtig. Wir danken auch dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation vom letzten Mai. Ich hatte eigentlich ehrlich gesagt wieder vergessen – weil die Dinge sich in der Zwischenzeit derart fundamental geändert haben –, dass das noch offen und zu beantworten ist.

Ich kann mich im Namen der Fraktion den Voten anschliessen. Sie haben heute grossmehrheitlich dem Antrag des Stadtrates bezüglich der Erweiterung der Schulinfrastruktur auf dem Guthirtareal zugestimmt. Ich denke, das war ein wichtiger Entscheid.

Ich teile die Meinung mit dem Feuerlöschen und dass man oft mehr reagiert. Da gibt es aber Ausseneinflüsse. Zum Beispiel wenn der EVZ kommt und sagt, seine Infrastruktur genüge nicht mehr, was wollen Sie dann als Stadtrat machen? Einfach vertrösten und das Problem vor sich herschieben oder das Problem anpacken und lösen? Da muss ich meiner Vorrednerin in einem gewissen Sinn auch recht geben. Der Stadtrat ist halt auch in einer gewissen Weise fremdbestimmt. Das war jetzt nur ein Beispiel, es gibt aber auch andere Beispiele, was der Kanton macht.

Was ich denke, was jetzt als Nächstes ansteht, ist die Ortsplanungsrevision. Und da muss ich natürlich meiner Vorrednerin sagen: Es sind nicht mehr viele da, die bei der letzten Ortsplanungsrevision dabei waren. Die war so um 2009/2010. Ich war dabei. Und ich kann Ihnen sagen: Die SVP hat regelmässig Anträge gestellt, dass die Wohnbauten erhöht werden, also von WA3 auf WA4 oder WA5 sogar. Wir wurden regelmässig abgeblockt.

Es ist auch das Parlament, das vielleicht jetzt ein bisschen auf den Damm kommt, was man in Sachen Verdichtung in dieser Stadt machen kann. Ich bin mit allem einverstanden bezüglich Grünraum, bezüglich Luft schaffen etc., das ist ganz gut. Aber wir müssen uns da auch selber als Parlament ein bisschen an der Nase nehmen. Das Parlament hat damals sehr viele gute Ideen einfach abgeblockt.

Was ich dem Stadtrat noch ans Herz legen möchte, im Sinne von vorausschauend: Es gibt in dieser Stadt strategisch liegende Immobilien, die in privater Hand sind. Meiner Ansicht nach ist eine langfristige Planung von gewissen Gebieten, ich denke jetzt zum Beispiel an das ganze Seeufer vom Alpenquai bis hinaus zum neuen Strandbad. Auf diesem Gebiet hat es ein paar Liegenschaften, wo sich der Stadtrat ganz klar – auch mit einem Horizont von 50 Jahren – kümmern müsste, dass die Stadt sich schon jetzt ein Vorkaufsrecht sichert. Das ist möglicherweise auch mit Geld möglich. Sonst kann es dann passieren, dass diese Liegenschaften von den Erben an den Meistbietenden verkauft werden. Und das ist die Stadt natürlich regelmässig im Hintertreffen.

Wir haben eine langfristige Aufgabe zu lösen für die Öffentlichkeit. Und es ist ganz klar, sich können sich vorstellen, wenn Sie der Chamerstrasse Richtung Cham folgen, an welche Liegenschaften ich denke.

Das ist natürlich nicht in der Zeitung. Und der Stadtrat hat neuerdings auch – und das sehe ich durchaus auch kritisch – die Tendenz, jede Action, die er macht, in den Medien zu propagieren, im Sinne von, schaut mal, was wir, die Stadt Zug, machen.

Vielleicht wäre ein bisschen stille Diplomatie im Hintergrund, Vorbereitung von gewissen Sachen, auch nicht schädlich, bevor die ganze Mückenfliege hinten nachkommt und wissen will, was als

Nächstes geplant wird. Also ein bisschen weniger Kommunikation, aber ein bisschen mehr diskrete diplomatische Arbeit zugunsten unserer Stadt schadet auch nicht.

In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis von der Antwort des Stadtrates, danken und schliessen uns den meisten Voten an, die gehalten wurden.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Jetzt haben Sie dem Stadtrat einmal mehr die Meinung gesagt. Ich bin ziemlich überrascht. Bis vor Kurzem war das heute gar nicht so eine schlechte Sitzung. Wir haben zusammengespant. Aber was ich jetzt gehört habe, muss ich Ihnen schon sagen, das ist unter allem.

Ich habe gehört, anstatt reagieren soll der Stadtrat mehr proaktiv gestalten. Das Baudepartement ist seit fünf Jahren in einem Dauermarathon. Ich weiss nicht, ob Sie das nicht wahrnehmen.

Ich spreche jetzt mal nur von den Schulhäusern:

Wir haben das Loreto erweitert, das ist erfolgreich durch die Volksabstimmung gekommen. Wir sind jetzt auf Stufe Verwaltungsgericht. Die Beschwerde wurde am Verwaltungsgericht abgewiesen. Das wissen wir seit zwei, drei Tagen. Wir warten jetzt darauf, ob es ans Bundesgericht weitergezogen wird oder nicht. Wenn wir Glück haben, ist das nicht der Fall und wir können uns endlich an die Erweiterung des Schulhauses Loreto machen.

Wir haben das Schulhaus Herti. Das haben wir vor fünf Jahren von Grund auf an die Hand genommen. Und wir haben noch in der letzten Legislatur – wenn ich mich richtig erinnere, sonst entschuldigen Sie mich – die Volksabstimmung gemacht. Das ist ganz wenig Zeit, in der wir eine ganz grosse Vorlage, auch dank Ihrer Unterstützung, durchgebracht haben. Und jetzt fahren dann die Baumaschinen auf. Wir hatten zum Glück keine Einsprache.

Wir haben den Wettbewerb HPS und Kirchmatt durchgeführt. Wir sind jetzt dann parat mit dem Projektierungsantrag zuhanden des GGR. Wir müssen im Moment noch auf den Kanton warten, in welcher Form er uns die Mitfinanzierung von CHF 10 Mio. zusagen kann. Das die CHF 10 Mio. zugesagt sind, ist klar, aber in welcher Form dieser Beitrag erfolgen soll noch offen.

Und dann haben wir so zwischendurch noch Provisorien im Herti und im Lüssi gemacht. Auch das nicht immer einfache Aufgaben.

Und da möchte ich Sie schon bitten, sich das ab und zu in Erinnerung zu rufen, bevor Sie sich mit teils – das sind nur wenige, aber ich habe jetzt schon sehr süffisante Voten gehört. Und da muss ich mich einfach fragen: Was bringt das? Sie richten sich an den Stadtrat. Aber vergessen Sie nicht, dahinter ist eine Verwaltung und deren Mitarbeitende arbeiten Tag für Tag und arbeiten hoch motiviert und wollen auch diese Stadt vorwärtsbringen.

Dann wird gesagt, es gebe keine Strategie für Schulräume. Das ist doch ein Quatsch. Wir den Schulraumplanungsbericht. Es gibt drei Teile davon. Nehmen Sie das bitte wieder einmal zur Hand. Dort sehen Sie ganz genau, wie die Planung bis 2040 erfolgt. Wir haben diese Strategie. Ich habe aber heute auch gesagt, dass es Fehler gibt im ersten Schulraumplanungsbericht. Nichtsdestotrotz wird das wiederholt. Ich bitte auch Sie, dass Sie mir zuhören, dass Sie dem Stadtrat zuhören, wenn er etwas sagt, und nicht einfach immer das Gleiche wiederholen. Wir werden das im Schulraumplanungsbericht korrigieren, damit das wieder richtig ist und damit wir uns alle wieder auf

den ersten Teil, was diese Aussagen zum Aussenraum beim Schulhaus Guthirt anbelangt, abstützen können.

Mir ist in den letzten GGR-Sitzungen aufgefallen – wir besprechen das auch im Stadtrat –, dass wir viel hören, was der Stadtrat alles nicht kann und alles nicht macht. Und eigentlich muss man sagen, diese arme Stadt hat so einen unfähigen Stadtrat. Das kann doch nicht sein. Und das glauben Sie ja wirklich auch nicht, dass wir zu fünft so unfähig sind. Und dann möchte ich Sie einfach ganz persönlich bitten – das ist mein Votum –, dass wir vielleicht miteinander kritisch, aber auch etwas konstruktiver unterwegs sind. Wir haben verschiedene Rollen, das wissen wir. Aber nichtsdestotrotz können wir zusammenarbeiten. Wir sind ein Team.

Philip C. Brunner

Ich wende mich an Frau Stadträtin Eliane Birchmeier. Ich habe jetzt dieser Debatte auch zugehört. Ich sitze dem Stadtrat gegenüber und muss also sagen, ich fand diese Kritik nicht so schmerzlich, wie du das offenbar empfunden hast. Ich möchte mich dafür entschuldigen. Auch wenn ich wirklich finde, es war eine objektive Meinung, die aus diesem Rat kommt. Das eine oder andere vielleicht kritische Votum war nicht nur an das Baudepartement gerichtet und an deine Leute, sondern es war an den gesamten Stadtrat gerichtet. Und insbesondere mein Votum war wirklich nicht nur ans Baudepartement gerichtet – diese Actions, die da stattfinden und so weiter, kommen nicht aus dem Baudepartement, ganz sicher nicht.

Ich bin mir persönlich sehr bewusst – und ich denke, ich kann auch für die GPK sprechen, die mit dir des Öfteren zusammentrifft –, dass hart gearbeitet wird, dass man versucht, das Beste aus der Situation zu machen, und dass man – ja, es wurde gesagt – unter einem grossen Druck ist und selbstverständlich verschiedene Stakeholder zufriedenstellen muss – Stakeholder sind wahrscheinlich auch Leute, die Einsprachen machen, oder Leute, die Leserbriefe schreiben.

Wir haben ziemlich bewegte letzte Wochen und Monate hinter uns. Da ging es um den Verkehr. Da sind jetzt die Würfel gefallen, wie man so schön sagt.

Ich denke, man kann jetzt ein bisschen Luft rauslassen. Es geht überhaupt nicht darum, irgendjemanden persönlich fertigmachen zu wollen. Das möchte ich noch festgehalten haben zuhänden des Protokolls.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8.4 Interpellation der SVP-Fraktion vom 10. Dezember 2023 betreffend «den Möglichkeiten einer Kompensation der jährlichen Feuerwehrgebühren («Kopfsteuer») in der Stadt Zug?»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2866 vom 27. Februar 2024

René Gretener

Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die detaillierte Beantwortung unserer Interpellation. Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Mitglied der Feuerwehrkommission.

Es ist uns wichtig, zu unterstreichen, dass unser Vorstoss auf gar keinen Fall gegen die Feuerwehr und deren hoch motivierte Freiwilligen gerichtet ist. Ihre wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft kann wirklich nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wir bezweifeln jedoch, dass die Ersatzabgabe zu einer indirekten Unterstützung der Rekrutierung führt. Beim Empfänger der Rechnung löst sie wohl eher negative Gefühle aus, als dass sie motiviert, der Feuerwehr beizutreten. Für Mitglieder unserer Blaulichtorganisationen könnten andernorts attraktive und motivierende Vorteile geschaffen werden, zum Beispiel Priorität bei der Vergabe von preisgünstigen stadteigenen Wohnungen – und einen solchen Vorteil auch im Anwerbungsprozess bekannt machen.

Der Treiber für unsere Interpellation war ganz einfach, nämlich eine finanzielle Entlastung der Stadtbevölkerung zu erwirken. Viele, vor allem die Jungen, würden dies sehr begrüssen. Meine informelle und ganz und gar unwissenschaftliche Kurzumfrage unter ihnen hat dies bestätigt. Zudem kann nicht jeder und jede Aufnahme in die FFZ finden und die Gebühr somit vermeiden. Arbeitsort Zug, körperliche Fitness und das Bestehen eines medizinischen Checks sowie die Beherrschung der Kommandosprache Deutsch sind Voraussetzung, weshalb jedes Jahr eine nicht kleine Zahl an Kandidaten abgelehnt werden muss.

Wir anerkennen, dass unser Anliegen nicht auf städtischer Ebene zu berücksichtigen ist. Deshalb wurde im Kantonsrat von der SVP zwischenzeitlich eine ähnlich lautende Interpellation eingereicht, wo sie sicherlich auf der richtigen Stufe zur Debatte stehen wird. Stichworte dazu sind:

- Zahlung an die Gemeinden direkt durch den Kanton, zum Beispiel nach Anzahl Haushalten;
- Einsparung von circa CHF 160'000.00 für Gebühreneintreibung alleine in der Stadt Zug;
- Verwendung eines Teils der Einsparung für die Unterstützung der Rekrutierung sowie
- regelmässige Imagewerbung und Sichtbarmachung der FFZ bei der Bevölkerung.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis und bedankt sich.

Werner Hauser

Zuerst möchte ich mich für den täglichen Bereitschaftsdienst der freiwilligen Feuerwehr bedanken. Es ist der Feuerwehrmannschaft hoch anzurechnen und es ist nicht selbstverständlich, dass man sich jenen Gefahren aussetzt und sich täglich für den Schutz der Gesellschaft zur Verfügung stellt.

Es ist richtig und eine Wertschätzung gegenüber der dienstleistenden Feuerwehr, wenn der Bürger, welcher die Feuerwehrdienstpflicht nicht erfüllt, eine Gebühr von CHF 100.00 entrichtet.

Sollten wir, wie es die Interpellanten verlangen, die Feuerwehrgebühr abschaffen, so wäre dies ein Solidaritätsbruch der Gesellschaft. Nicht nur das, wir belohnen sogar die Dienstverweigerer. Gehen wir noch einen Schritt weiter und fragen uns, welche gesellschaftliche Solidaritätsvereinbarung wollen wir als Nächstes auflösen?

Die Antwort des Stadtrates ist richtig und hat unsere volle Unterstützung.

Die FDP-Fraktion nimmt somit die Antwort des Stadtrates einstimmig zur Kenntnis.

Johannes Hegglin

Wir danken der SVP-Fraktion für die Einreichung dieser Interpellation.

Beim Feuerwehrreglement haben wir die Feuerwehr und ihre professionelle Arbeit gewürdigt. An dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön für den hervorragenden Dienst.

Eine Kopfsteuer trifft wenig Verdienende immer stärker, was wir selbstverständlich nicht gut finden. Ein Verzicht durch die Gemeinde auf die Gebühren scheint hier jedoch nicht möglich zu sein.

Weniger Verdienende zu entlasten ist ganz in unserem Sinne. Sie werden wieder Gelegenheit bekommen, uns in dieser Thematik zu unterstützen.

Mit dem Erhalt der Rechnung wird man an die Wichtigkeit der Feuerwehr erinnert und auch daran, dass man selbst einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten sollte, sei dies nun als Dienst in der Feuerwehr oder eben monetärer Art. Tatsächlich habe ich mir ein Mitmachen bei der Feuerwehr überlegt, als ich die Rechnung als junger Erwachsener zum ersten Mal erhalten habe. Diese Wertschätzung der Kopfsteuerbefreiung für Angehörige der Feuerwehr erachten wir als gute Werbemaßnahme.

Wir nehmen deshalb den Antrag des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

Ivano De Gobbi

Wir danken den Interpellanten für die Fragen und dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Der Stadtrat führt detailliert aus, wieso an dieser Kopfsteuer festgehalten werden soll. So wird mit der jährlich zugestellten Rechnung für die Ersatzabgabe an diese «Bürgerpflicht» erinnert. Noch besser ist es, dass damit sogar einzelne Personen für den Dienst in der FFZ gewonnen werden.

An dieser Stelle gilt mein Dank speziell allen Frauen und Männern, welche in der FFZ ihren Dienst leisten. Damit tragen sie zur Sicherheit von uns allen bei.

Wir hoffen, dass der Stadtrat beim Kanton vorstellig wird, sodass die Feuerwehersatzabgabe unter Berücksichtigung von Befreiungsgründen mit der Einreichung der Steuererklärung abgeklärt wird und die Ersatzabgabe direkt im Rahmen der jährlichen Steuerrechnung eingezogen wird. Das würde, wie der Stadtrat weiter ausführt, den Prozess massiv vereinfachen.

Wir nehmen die Antwort vom Stadtrat zur Kenntnis.

Barbara Gysel, Stadträtin

Heute Abend haben wir schon von Feuerwehrrübungen und vom Feuerlöschen gehört. Das ist bei der Feuerwehr die Kernkompetenz.

Es wird tatsächlich – und deswegen danke ich dafür herzlich – sehr vieles in der Freizeit geleistet. Und ich danke im Namen der Feuerwehr für Ihre geäußerte Wertschätzung.

Sie haben zu Recht genannt und darin möchte ich Sie bestätigen, die Feuerwehrrersatzabgabe ist nicht das Akquise-Instrument, um neue Angehörige für die Feuerwehr zu gewinnen. Da stimme ich dem Sprecher der SVP absolut zu. Umgekehrt wird es auch in Zukunft so sein, dass wir unsere Bemühungen seitens Feuerwehr fortführen, auf ganz unterschiedlichen Kanälen für die Akquise zu sorgen, um eben auch – es wurde von der FDP genannt – die Solidaritätsvereinbarung der Gesellschaft zu gewährleisten, um ihre Worte zu übernehmen.

Ich möchte hingegen zwei ganz kleine Punkte korrigieren. Es ist so, dass eine Motion im Kantonsrat eingereicht wurde, keine Interpellation. Das heisst, die Regierung wird sich so oder so mit dem Thema beschäftigen. Ich gehe davon aus, dass wir unser Anliegen zu einer Effizienzsteigerung bei der Abrechnung der Gebühren aufnehmen können. So viel zum Sprecher der SP.
Ich möchte ebenfalls noch korrigieren, dass entweder Arbeitsort oder Wohnort möglich wären. Wenn jemand an einem anderen Ort arbeitet, geht das auch.

Kurzum: Diese Interpellation war auch eine Gelegenheit für uns, dem nachzugehen, wie der Aufwand ist und wo mögliche Effizienzgewinne liegen könnten. Es liegt nicht auf unserer Handlungsebene, die Abgabe zu erlassen. Aber ich bin sicher, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8.5 Interpellation M. Leemann, die Mitte, vom 9. Oktober 2023 betreffend «Schatten, Spielgeräte, Sanitäreinrichtungen oder wie können unsere Spielplätze verbessert werden?»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2868 vom 5. März 2024

Die Behandlung des Geschäfts wird auf die nächste Ratssitzung vertagt.

9. Mitteilungen

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 30. April 2024, 17:00 Uhr

Für das Protokoll
Martin Würmli, Stadtschreiber



Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 26. März 2024
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste